Nummer 20 Hamburg, den 20. Mai 1922 35. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit," Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 9 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet

Vierter ordentlicher Verbandstag.

Der Ueberfall in Leipzig.

Ein in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unerhörter Vorgang hat sich anläßlich unseres Verbandstages in Leipzig abgespielt. Am 10. Mai, nachmittags um 5½ Uhr, wurde der Saal, in dem der Verbandstag tagte, von etwa 1200 Kommunisten der unterschiedlichsten Berufe gestürmt. Warum? Angeblich wollten diese Demonstranten erzwingen, daß die in Leipzig und Berlin nach einem besonderen, von der kommunistischen Parteileitung angeordneten Verfahren gewählten Arbeiter als Abgeordnete zu dem Verbandstage zugelassen wurden. Sie wollten weiter erzwingen, daß die Ausgeschlossenen und die aufgelösten Vereine wieder als Mitglieder unseres Verbandes zugelassen werden.

Eine Stunde vorher hatte jedoch der Verbandstag bereits die Bedingungen für die Wiederzulassung festgesetzt. Bedingungen, die sicher so leicht zu erfüllen sind, daß dem, der wirklich als Gewerkschafter dem Verbande wieder beitreten will, nichts mehr zu wünschen übrigbleiben kann.

Aber diese Liberalität war ein Strich durch die Rechnung der kommunistischen Parteileitung. Sie wollte ihren Putsch, ihren Krawall. Und sie fand in Leipzig genügend unwissende und willige Menschen, die ihr behilflich waren bei diesem strauchritterlichen Vorhaben. Unter der Vorspiegelung, daß wegen der Vorkommnisse am 1. Mai vor dem Gebäude der Polizeiverwaltung demonstriert werden sollte, hatte man die meisten Demonstranten zusammengebracht. Als sie dort von der Polizei abgelenkt wurden, hieß es: „Auf nach dem Volkshause! Dort ist etwas los." Es ist bemerkenswert, daß etwa 400 Teilnehmer am Zuge im Hofe des Volkshauses blieben, da sie nicht wußten, was sie im Saale sollten. Diese wurden erst von besonderen Treibern in den Saal gebracht. Im Saale selbst konnte man mehrfach hören: „Was sollen wir eigentlich hier?" Wir stellen hiermit fest, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Leipziger Bauarbeiterschaft an der Demonstration teilnahm. Das Gros bestand aus Angehörigen anderer Berufe.

Nach diesen Feststellungen erscheint die Frechheit der kommunistischen Führer doppelt groß, die dem Verbandstage Bedingungen stellten!

Als bekannt wurde, daß die Demonstranten im Anmarsch seien, ordnete der Vorsitzende die Schließung der Saaltüren an. Dieses Mittel versagte jedoch gegenüber dem Druck der Menschenmasse, die die Türen aufbrach und im Nu von allen Seiten den Saal und die Tribünen überflutete. Als dies geschehen, erschien, wie es sich für einen kommunistisch-militärischen Führer geziemt, Don Quixote-Heckert hinter seinen Truppen und tänzelte über die Tischreihe. Sein getreuer Sancho Pansa-Bachmann hatte schon in den Tagen vorher die Lage ausbaldowert. Die meistens halbstarken Demonstranten erfüllten die Luft mit dem Geräusch ihrer Stimmen. Der Abgeordnete Walter, Halle, ernannte sich zum Vorsitzenden dieser erleuchtungsbedürftigen Versammlung, und der Abgeordnete Böschen, Solingen, hielt gewissermaßen die Eröffnungsrede. Die kommunistischen Befehlshaber hatten angeordnet, daß kein Abgeordneter den Saal verlassen dürfe und daß sie sich wegen der Ausschlüsse und Beschlüsse zu verantworten hätten. Wir wollen aber hier mitteilen, daß die Torwächter diesen Befehl nicht genau ausführten, sie waren vernünftiger und anständiger als ihre Führer.

Und nun erschien der Mann seiner Frau und kommunistische Abteilungschef Heckert am Rednerpult und redete von der Einheitsfront.

Paeplow sollte reden; er sollte erklären, daß alle Ausgeschlossenen wieder in den Verband aufgenommen werden. Paeplow redete jedoch nicht, sondern verließ das Lokal. Gegenüber den Kollegen Hüttmann und Ellinger etablierte sich Heckert als Fragekasten. Als Hüttmann den Versuch machte, den Demonstranten das Unsinnige ihres Vorgehens vorzuhalten, wurde ihm das Reden unmöglich gemacht. Ueber dies Thema darf auch vor Kommunisten nicht geredet werden. Daß Heckert es an Beschimpfungen der Verbandsfunktionäre und Abgeordneten nicht fehlen ließ, ist unter Kommunisten selbstverständlich. Aber je länger er redete, um so bescheidener wurde er. Schließlich mußte sich dieser Ritter von der traurigen Gestalt mit dem Bewußtsein begnügen, zwei Stunden lang den Saal des Leipziger Volkshauses beherrscht zu haben. Ein positives Ergebnis hatte die Demonstration nicht. Nicht einmal die Andeutung eines Versprechens konnten die kommunistischen Häuptlinge mit fortnehmen.

Ein gutes Ergebnis hat jedoch dieser traurige Vorfall gebracht. Der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands wird jetzt endlich und gründlich die Augen geöffnet werden über den Wert der kommunistischen Phrase von der Einheitsfront. So wie der Leipziger Arbeiterschaft bereits klar wurde, daß es mit der Geduld der Mehrheit gegenüber den Phrasenposteln nicht so weiter gehen kann wie bisher, so wird in ganz Deutschland die Arbeiterschaft nicht nur entrüstet sein, sondern auch Maßregeln treffen. Den Kommunisten aber, die denkfähig sind, wird bald klar werden, daß die Gewaltpolitik ihrer Führer ihnen eine neue gewaltige Schlappe gebracht hat.

Nieder mit dem Terror!

*

Improvisierte Tagung in Altenburg.

Am Morgen des 11. Mai teilte der Vorsitzende Paeplow den Abgeordneten zum Verbandstage mit, daß Vorstand und Beirat sie wegen des Ueberfalls am vorhergehenden Tage zu einem Ausfluge nach der schönen Stadt Altenburg einladen. Man werde versuchen, dort weiter zu beraten. So fuhren denn alle Teilnehmer nach Altenburg, wo um 11 Uhr die Tagung wieder begann. Obgleich lange Vorbereitungen nicht möglich gewesen sind, war im „Goldenen Pflug", dem Lokale der Altenburger Arbeiterschaft, doch alles bereit zur Aufnahme der Gäste. Die Beratung konnte hier ungestört fortgesetzt werden. Ein herzlicheres „Willkommen!", ein besseres Verstehen von Mensch zu Mensch als zwischen den Verbandstagsteilnehmern und der Altenburger Arbeiterschaft, ohne vorherige nähere Bekanntschaft, wird in der Welt selten sein. Das Blatt der Altenburger Arbeiterschaft begrüßte uns mit einem herzlich gehaltenen Begrüßungsartikel, in dem mit Bedauern auch auf den Ueberfall in Leipzig hingewiesen wurde.

An dieser Stelle wollen wir über den Inhalt der Tagung nicht berichten. Wir wollen nur mitteilen, daß sehr viele Abgeordnete bedauerten, daß es in Altenburg nicht genügend Wohngelegenheit für alle Abgeordneten gab; denn gern hätten sie den Verbandstag dort beendet.

Als die Sitzung beendet war, erfreuten uns die Arbeitersänger durch den Vortrag einiger schöner Lieder.

Und als die Verbandstagteilnehmer am abend leider wieder zum Bahnhof ziehen mußten, da setzte sich die Arbeiterjugend Altenburgs an die Spitze. Mit ihren frischen klaren Stimmen bildeten sie unsere Marschmusik!

Das war auch eine Demonstration!

Arbeitermarseillaise, Sozialistenmarsch und „Wenn wir schreiten Seit' an Seite", schallte es durch die Straßen, deren Anwohner uns freundlich zuriefen und winkten.

Das Vorkommnis am Tage vorher in Leipzig hatte Trauer in den Gemütern der Bauarbeitervertreter hinterlassen. Man sprach es nicht aus, aber man sah es den einzelnen an. Die Altenburger Arbeiterschaft, und besonders ihre Jugend, verstanden es, diese Trauer nicht nur zu verscheuchen, sondern sogar Freude aufkommen zu lassen. Es war schön, zu hören, wie sich die Stimmen vieler schon recht bejahrter Abgeordneter mit den Stimmen der Jugend vereinten zu einem brausenden harmonischen Chor, zum Preise der Zukunft.

„Mit uns zieht die neue Zeit!" Das Bewußtsein, daß diese Worte nicht leerer Schall sind, daß sie eine tiefere Bedeutung haben, ließ unsere Herzen wieder höher schlagen.

Am Bahnhof dankte der Kollege Meiß, Breslau, der Arbeiterjugend Altenburgs mit einigen kurzen, aus dankbarem Gefühl kommenden Sätzen, im Namen der Abgeordneten. Der Führer der Arbeiterjugend dankte in deren Namen und brachte ein Hoch auf die sozialistische Arbeiterbewegung aus. Gesang: Der Sozialistenmarsch! Als Dank ein Hoch der Abgeordneten auf die Arbeiterjugend. Und Trennung. Wahrlich, die Altenburger Arbeiterjugend, die Verwaltung im „Goldenen Pflug" und die Vertreter der Arbeiterschaft, mit denen wir in Berührung kamen, haben uns trotz des kurzen Aufenthalts den Abschied nicht leicht gemacht.

In Leipzig gab man uns einen Einblick in das bolschewistische Kulturideal, das man betrügerischer Weise „kommunistisch" nennt.

Ihr zeigtet uns in Altenburg, was sozialistische Kultur ist! Unsern herzlichsten Dank Euch allen! Frei Heil! Mit Euch zieht die neue Zeit! H. O.

Bericht über die Verhandlungen.

Am 7. Mai begann in dem festlich geschmückten Heim der Leipziger Arbeiterschaft, im Volkshause, der vierte Verbandstag. Dieses Haus, das bei dem Kapp-Putsch von den Truppen der Reaktion in eine Ruine verwandelt wurde, ist neuer und schöner erstanden. Ein Silo gewerkschaftlicher Arbeit und zugleich eine angenehme Erholungsstätte nach des Tages Mühen. In leuchtenden Farben steht über dem Portal: **„Willkommen, Ihr Männer vom Bau!"**

Erste Sitzung.

Vor der eigentlichen Eröffnung der Verhandlungen des Verbandstages begrüßte Kollege Bielig, Leipzig, namens der Leipziger Arbeiterschaft und insbesondere unserer Kollegenschaft die Abgeordneten und die Gäste. Er wies dabei kurz auf die allbekannte ruhmreiche Geschichte der Leipziger Arbeiterschaft hin. Besonders hob er hervor die Anfeindungen, die den Bestrebungen der Arbeiterschaft gelten und die zuletzt ihren krassesten Ausdruck in der Zerstörung des Volkshauses durch militärische Gewaltmenschen fanden. Das Volkshaus ist jetzt mit Hilfe der gesamten deutschen Arbeiterschaft neu und schöner entstanden, und die Leipziger Arbeiter freuen sich, die Bauarbeitervertreter in diesem Heim begrüßen zu können.

Kollege Paeplow dankte im Namen unseres Verbandes für die Bewillkommnung. Auch er erwähnte kurz die an erfreulichen Momenten reiche Geschichte der Leipziger Bauarbeiterbewegung. Er begrüßte dann die Abgeordneten und die vielen Vertreter ausländischer Bruderorganisationen. (Beifall.)

Erschienen waren aus England die Kollegen Coppock, Hicks, Wright und Mackenzie; aus Frankreich der Kollege Cordier; aus Belgien Verdonak, Hans und Devilder; aus Dänemark Petersen; aus Rußland Sapranoff; aus Oesterreich Meißner; aus Tschechoslowakei Hausmann, Reichenberg und Tetenka, Prag; aus Ungarn Garbei, Sterbinsky; aus Holland (Stukkateurverband) De Zeeuw; aus Schweiz Klatt, Grabs. Ferner als Vertreter

deutscher Verbände: Von den Zimmerern Ecke; von den Steinarbeitern Winkler; von den Glasern Eichhorn; von den Malern Steine; von den Steinsetzern Schenke; von den Töpfern Bartsch; von den Asphalteuren Link; von dem Bund der technischen Angestellten und Beamten Kaufmann; vom Polierbund Bergeritz; vom AGDB. (sozialpolitische Abteilung) Heinke.

Für die Leitung der Verhandlungen wurden bestimmt die Kollegen Paeplow, Behrendt und Silberschmidt als Vorsitzende, ferner die Kollegen Fr. Scholz (Waldenburg), Auth (Fulda), Wagner (Mülheim), Götze (Bremen), Preuß (Hamburg), Schubert (Aschersleben), Claus (Berlin), Kleiner (Stuttgart). In die Mandatprüfungskommission wurden gewählt die Kollegen Schäfer (Barmen), Löhr (Detmold), Schramm (Dresden), Ziegler (Nürnberg), Strunz (Gera). Ferner wurde beschlossen, eine Beschwerdekommission zu wählen, bestehend aus 7 Kollegen. Dazu wurden bestimmt Wagner (Altötting), Papenbrock, (Hamm), Wilhelm (Saarbrücken), Gutjahr (Leipzig), Hemmersbach (Düren), Dahlenburg (Senftenberg), Stanke (Kattowitz). In die Satzungskommission wurden gewählt die Kollegen Baudi (Elbing), Hoffmann (Schneidemühl), Hoer (Liegnitz), Keller (Landsberg), Lange (Magdeburg), Leube (Gotha), Ebert (Frankfurt a. M.), Jäger (Köln), Gerhard (Dortmund), Beulshausen (Osterode am Harz), Meister (Wilhelmshaven), Kleinfeld (Lübeck), Räder (Bautzen), Ball (Neubrandenburg), Jäger (Zeitz), Merkel (Nürnberg), Dobler (München), Guethner (Heilbronn), Eberle (Mannheim).

Gegen die vom Vorstand und Beirat vorgeschlagene Tagesordnung und gegen die Geschäftsordnung wurden Einsprüche nicht erhoben.

Es wurde dann über einen Antrag verhandelt, nach dem die „rechtmäßig" gewählten Abgeordneten von Berlin und Leipzig telegraphisch herbeigerufen werden sollen. Es handelt sich dabei um jene Kollegen, die in einem besonderen Wahlgang der KPD. als „Abgeordnete" zu unserm Verbandstag bestimmt wurden. Walter, Halle, erhielt das Wort zur Begründung des Antrages. Leider begründete er zunächst nicht den Antrag, sondern hielt eine bolschewistische Agitationspauke, so daß er von den Abgeordneten zur Sache gerufen wurde. Auf den Leipziger Fall eingehend, prägte Redner den für einen Diktaturbolschewisten immerhin merkwürdigen Satz: „daß es nicht angehe, daß eine Minderheit eine Mehrheit vergewaltigen würde." Aus der sonstigen Rede ging hervor, daß der Redner von seinen Berliner und Leipziger Genossen eine ganz einseitige Darstellung der Sache erhalten hatte. Ihm antworteten Gutjahr, Leipzig, und Lehmann, Berlin. In beiden Vereinen lag die Sache so, daß die KPD. ihrerseits zu unserm Verbandstage besondere Wahlen veranstaltet beziehungsweise besondere Stimmzettel ausgestellt hat. In Berlin standen sogar auf diesem Zettel Namen von Leuten, die wir als Verbandsmitglieder nicht kennen. Daß wir ein derartiges Verfahren nicht billigen können, ist klar. Der Verbandstag lehnte denn auch gegen etwa ein Dutzend Stimmen den Antrag ab.

Es wurde dann der Punkt 2 der Tagesordnung behandelt:

Bericht des Verbandsvorstandes, der Schriftleitung des „Grundstein" und des Verbandsausschusses.

Kollege Paeplow wies zunächst auf die Steigerung der geschäftlichen Aufgaben hin, die der Vorstand in den letzten beiden Jahren zu bewältigen hatte. Zu den vielen alten Aufgaben ist eine ganze Reihe neuer gekommen, die neue Arbeit brachten. Die Werbung neuer Mitglieder durch Versammlungen sei sehr schwierig gewesen, da in der Regel gerade jene Arbeiter, auf die man einwirken wolle, nicht in diese Versammlungen kämen. Aehnlich sei es mit dem Bestreben gewesen, die Mitglieder allgemein weiterzubilden. Auch da komme nur eine verhältnismäßig kleine Zahl in die Versammlungen. Der Vorstand habe 5 jüngere Kollegen nach der Frankfurter Arbeiterakademie entsandt, damit sie dort ihr Wissen bereichern und damit später dem Verbande dienen könnten. Desgleichen habe der Kollege Scheibel an einem Wirtschaftskursus in Münster teilgenommen. Scheibel habe seine Kenntnisse in den letzten Monaten in mehreren Bezirken in Vorträgen verwertet, und der Vorstand habe über diese Veranstaltungen nur gutes gehört. Redner ging dann auf die Störungen ein, die dem Verband durch die Angriffe der bolschewistischen Partei bereitet wurden. Was diese Leute wollen, die Beherrschung der Gewerkschaften durch ihre Partei, kann keine Gewerkschaft dulden. Auch wir nicht, wenn wir nicht den Verband zerstören wollen. Was man in den bolschewistischen Blättern über ihn persönlich geschrieben habe, verzeihe er ihnen; er rechne ihnen dies als Dummheit an. Aber soweit der Verband in Betracht komme, könne der persönliche Standpunkt nicht gelten. Es würden so viele Angriffe und Verleumdungen gegen uns gerichtet, daß wir sie aus Mangel an Zeit und der Kosten wegen längst nicht alle widerlegen könnten. Die schlimmsten Störenfriede seien ausgeschlossen worden, nachdem wir sie vorher mehrmals verwarnt hatten.

Paeplow ging dann auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen während der letzten Tarifvertragsperiode ein. Kaum seien vor 2 Jahren die Verträge unterzeichnet gewesen, so hätten die Unternehmer angefangen, zu tüfteln, wie sie einzelne Bestimmungen umgehen könnten. Es sei zu der bekannten Klage gekommen, bei der zwar formell die Unternehmer scheinbar recht bekamen, moralisch aber die Verurteilten waren. Diese und andere Streitigkeiten aus den Tarifverträgen haben dem Vorstand viel Arbeit gebracht, so daß dauernd mehrere Vorstandsmitglieder auf Reisen sein mußten. Bei größeren Lohnbewegungen, Aussperrungen, Streiks usw. haben Vorstandsmitglieder oft an Ort und Stelle mit eingreifen müssen. Der Vorstand habe selbstverständlich in stärkstem Maße für die Aufbesserung der Löhne eintreten müssen. Viel sei erreicht worden, und doch müsse gesagt werden, daß die jetzigen Löhne durchaus noch nicht genügen.

Bei der Vertretung des Verbandes nach außen erörterte Redner auch das Verhältnis des Verbandes zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Dieser habe in den letzten Jahren sich mehr und mehr mit inneren politischen Angelegenheiten befassen müssen. Er habe mehrfach Forderungen gestellt, die leider bisher nur zum Teil erfüllt sind. Die Bolschewisten machten ihm nun einen Vorwurf daraus, daß er nicht bis zum Aeußersten dafür kämpfe, obwohl ihnen klar sein müsse, daß sie deren Erfüllung nicht erzwingen könnten.

Redner ging dann noch kurz auf unsere Sozialisierungsbestrebungen ein, die ebenfalls reichlich Arbeit für den Vorstand brachten. Er ermahnte die Abgeordneten, dafür mit Sorge zu tragen, daß unsere Kollegen auch innerlich recht vom sozialistischen Geiste erfüllt werden. Er schloß seinen Bericht mit dem Wunsche, daß der Verband oder der kommende Baugewerksbund auch zukünftig den großen Aufgaben, die ihm auferlegt werden, gerecht werde zum Wohle der deutschen Bauarbeiterschaft und der ganzen Arbeiterklasse. (Großer Beifall.)

Ueber unser Kassenwesen

berichtete Kollege Kober. Wenn die Endsummen des Kassenberichtes angesehen werden, so könnte man zu der Ansicht kommen, daß unsere Finanzverhältnisse glänzend sind. Bedenkt man jedoch die seit der Vorkriegszeit entstandene Geldentwertung und berechnet das Verbandsvermögen auf den Kopf des Mitgliedes, dann ergibt sich ein weniger erfreuliches Bild. Das Verbandsvermögen betrug am Schlusse des Jahres 1921 57 246 152,18 *M*, davon in der Hauptkasse 44 327 709,13 *M*. Der durchschnittliche Mitgliedsanteil an dem Vermögen beträgt 121,78 *M*, Ende 1913 59 *M*. Gemessen an der Geldentwertung, entspricht also unser Wehrschatz noch längst nicht dem Stande von 1913. Die Rein-Einnahmen des Verbandes betrugen im letzten Jahre 107 493 921,81 *M*, die Ausgaben 85 348 406,49 *M*. Von den Ausgaben entfallen auf Unterstützungen für Streiks im eigenen Gewerbe 25 901 770,31 *M*, für Arbeitslosenunterstützung 15 786 255,67 *M*, für Krankenunterstützung 7 861 942,58 *M*, für Sterbefallunterstützung 751 806,50 *M*, für Rechtsschutzfälle 110 840,17 *M*, an Gemaßregelte 47 536,65 *M*, in Notfällen 538 077,70 *M* und an Invalide 162 220 *M*. Dieser Art Ausgaben werden nicht geringer werden; im ersten Quartal dieses Jahres sind die Ausgaben ungeheuer gestiegen. Das zeigt allen unsern Mitgliedern die Richtung ihrer Verbandsarbeit. — Ich habe noch den Wunsch, daß die Vereine die Hauptkassengelder regelmäßig und sofort an die Verbandskasse einsenden. (Beifall.)

Ueber unsere Lohnbewegungen berichtete Kollege Töpfer. Der Vorstand ist bestrebt gewesen, mit möglichst geringen Mitteln möglichst große Erfolge zu erzielen. Wenn trotzdem die Ausgaben für Streiks usw. noch 26 Millionen Mark betragen haben, so ist das ein Beweis dafür, daß uns unser Vorhaben nicht immer gelungen ist. Das liegt daran, daß auch bei uns Unklarheit darüber herrschte, welche Wege wir in manchen Fällen einzuschlagen hatten, um zu unserm Ziele zu gelangen. Bei einer der Aussperrungen im Vorjahre haben wir erfahren können, daß es nicht die Bauunternehmer waren, die zum Kampfe trieben, sondern die Unternehmer anderer Gewerbe. Auch die Unklugheit hat in einigen Fällen recht sehr dazu beigetragen, dem Verbande unnötige Kosten zu verursachen. Darin müsse Besserung eintreten. Auch das Zusammenarbeiten unserer Kollegen mit den Angehörigen anderer Organisationen müsse bei Lohnbewegungen besser werden. Wenn es heute daran mangele, so liege die Schuld nicht immer bei den andern.

Der ADGB. werde dem Gewerkschaftskongreß Richtlinien unterbreiten, die ein geordnetes Zusammenarbeiten ermöglichen sollen. Es sei zum Beispiel unsinnig, wenn ganz zweck- und ziellos unsere Kollegen, die zufällig für Industriewerke Neubauten errichteten, gezwungen würden, die Arbeit einzustellen, wenn die Werksarbeiter um höhere Löhne für sich streiken. Wenn wir in den letzten beiden Jahren nicht noch näher an den Standard von 1914 herangekommen seien, so liege das nicht an dem etwa fehlenden guten Willen des Verbandsvorstandes, der Bezirksleiter, der Vereinsvorstände oder irgendeiner andern Stelle, sondern an Umständen, die zu meistern, über unsere Kraft ging. Er ersuche die Abgeordneten, bei der Beurteilung der Sachlage dies zu berücksichtigen. (Beifall.)

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde die erste Sitzung geschlossen.

Zweite Sitzung.

In der Nachmittagssitzung halten zunächst die Vertreter der ausländischen Bruderverbände

Ansprachen.

Sie geben alle der Freude Ausdruck, daß es nach dem Kriege wieder möglich geworden ist, über die Landesgrenzen hinaus einen Gedankenaustausch zu pflegen. Besonders die Vertreter Englands und Frankreichs, die zum ersten Male vor deutschen Arbeitern sprechen konnten, drückten die Freude darüber in herzlichen Worten aus. Als erster Redner überbringt Cordier, Frankreich, die herzlichsten Grüße des dortigen Verbandes. Der Krieg habe Haß und Zerstörung gesät; wir wollen aber alles tun, um diesen Haß und diese Zerstörung verschwinden zu machen. Wenn auch die französischen Bauarbeiter in ihren Organisationen gespalten sind, so fühlen wir uns doch eins in den Zielen der international verbundenen Arbeiterschaft. (Großer Beifall.)

Coppock, England, Generalsekretär des Allgemeinen Baugewerksbundes: Unsere Organisation ist gut ausgebaut; sie ist etwa ebenso stark an Mitgliedern wie die deutsche. Gegenwärtig findet in England in der Lohnfrage eine Urabstimmung statt; die Schwierigkeiten sind sehr groß, aber wir glauben, sie überwinden zu können. Wir spüren den Druck des Kapitalismus sehr. Die Bauarbeiter sind der einzige Beruf, der noch die 45-Stundenwoche hat. Dagegen kämpfen nun die Unternehmer, wie in Nordamerika, so auch in England an. Deshalb haben auch die Arbeiter durch internationale Verbindungen ihre Kraft zu stärken. (Anhaltender Beifall.)

Hicks, England, Präsident des Baugewerksbundes und Sekretär der Maurersektion: Die englische Organisation ist eine alte, und es ist schwierig, alte Traditionen zu überwinden. Ganz anders ist bei uns die politische Bewegung, sie ist gespalten. Die Gewerkschaftsangestellten sind jedoch alle Sozialisten. Wir stehen zu den Lehren des sozialistischen Philosophen Karl Marx. Der Sozialismus ist allerdings schwieriger aufzubauen als ein Haus. Neben den schwer arbeitenden Menschen gibt es Luxus und Verschwendung. Das ist eine verkehrte Welt. Für die Kapitalisten gibt es keine Grenzen und keine konfessionellen Unterschiede, wenn es gilt, den Profit zu befriedigen. Deshalb sollen auch wir uns vereinigen. Wir wollen die Gesellschaft reinigen von den Unsauberkeiten. Wir wollen dafür sorgen, daß es unsere Kinder besser haben und weiterkommen als wir. Trotzdem wir Sieger sind, haben wir 2 Millionen Arbeitslose, die in schweren Nöten und Sorgen leben. Ein Beweis, wie falsch aufgebaut die heutige Gesellschaft ist. Wir sind die Gleichen wie Sie, deshalb werden wir mit Ihnen gemeinsam für Besserung kämpfen. (Großer Beifall.)

Verdonk, Belgien: Der Krieg hat uns schwer geschädigt und tiefe Spuren in Belgien zurückgelassen. Der Tag der Verständigung mußte aber kommen, und ich freue mich, daß er da ist. Die bürgerlichen Nationalisten arbeiten gegen uns; dieser Kampf ist schwer, da sich leider auch Arbeiter durch die Verhetzung haben mitreißen lassen. Wie schwierig dieser Kampf ist, zeigte sich jetzt bei Nichtleistung der Unterschrift Belgiens in Genua unter das Memorandum bezüglich Rußlands. Andauernd stehen wir in Lohnkämpfen. Gegenwärtig versuchen die Unternehmer, allgemein eine zwanzigprozentige Lohnkürzung durchzuführen; wir werden die Unternehmer zurückschlagen. Zu gleicher Zeit haben wir unsere Organisation auszubauen; aber das Schlimmste ist überwunden. Wie 1910 sind wir auch diesmal hierher gekommen, um von Ihnen zu lernen; Sie sind die Schmiede, die neue Waffen schmieden. Die deutschen Bauarbeiter sind die Pioniere, besonders auch als Förderer der sozialen Baubetriebe. Diese Waffe ist maßgebend für unsere Internationale. Was Sie für sich tun, tun Sie auch für uns; ich beglückwünsche Sie zu ihren Arbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Sapranoff, Rußland, begrüßt den Verbandstag im Namen des allrussischen Bauarbeiterverbandes. Wegen der Grenzsperren hatten wir 5 Jahre lang keine Möglichkeit, mit deutschen Arbeitern Verbindung aufzunehmen. (Losowsky, Sinowjew ?!) Ich bin daher erfreut, heute zu Euch sprechen zu können. Wir sind noch nicht lange organisiert, weil uns die Zarenregierung aufs schärfste verfolgte. Jetzt haben die russischen Bauarbeiter eine Organisation von 400 000 Mitgliedern. Wir sind frei. Aber während einer langen Zeit mußten wir mit der einen Hand die Flinte, mit der andern unser Handwerkzeug führen. Nun ist ein Umschwung eingetreten, wir können freier atmen und uns mehr dem Aufbau widmen. Der Kampf gegen den Kapitalismus ist für uns jetzt ein Kampf gegen die kapitalistische Diplomatie. Wir müssen unsere Regierung stützen, denn es werden noch große Kämpfe zu bestehen sein. Wir sind nach Genua gegangen, um mitzuhelfen, Europa wieder aufzubauen. Obgleich wir wußten, daß wir in Genua allein sein würden, sind wir hingegangen, um dem Weltproletariat zu helfen. Aber wir sahen, daß die Kapitalisten uns alle Errungenschaften der Revolution abnehmen wollten. Alle Schulden sollten wir anerkennen, auch die der zaristischen Regierung, die mit dem im Auslande gepumpten Gelde den niederträchtigsten Kampf gegen die Arbeiterklasse geführt hat. Wir fühlen uns heute stärker als früher und werden uns wehren gegen die uns feindlichen Mächte. Der einzige Weg zum Sieg ist die Einheitsfront des Proletariats. Diese Einheitsfront muß erstrebt werden, ohne Ansehung der politischen Richtung, ohne Frage nach einem sonstigen Bekenntnis. Auf diese Einheitsfront kommt es einzig und allein an, und ich hoffe, daß auch der heutige Tag dazu führt. (Großer Beifall.)

Klatt, Schweiz: Der da und dort vorhandene Glaube, in der Schweiz sei alles vollgefüllt mit Geld, trifft jedenfalls auf die Arbeiter nicht zu. Die Arbeiter eines kleinen Landes müssen alle Kräfte zusammenfassen. Wir haben uns deshalb vereinigt mit den hauptsächlichsten Berufen des Baugewerbes. Die Unternehmer bei uns sind keineswegs besser als in andern Ländern. Es war uns trotzdem möglich, unsere Löhne gegenüber der Vorkriegszeit auf 200 % und darüber zu steigern, während die Preise für die Lebensbedürfnisse um 150 % stiegen. Das wurde im wesentlichen nur ermöglicht durch die gute Konjunktur während des Krieges. Früher waren unsere Löhne sehr gering. Nun sind die Unternehmer daran, die Löhne abzubauen, und sie haben es auch bereits in verschiedenen Berufen fertiggebracht, die Löhne um 20 bis 25 % zurückzuschrauben. Wir wollen uns auch mit den Holzarbeitern vereinigen. Durch schwere Kämpfe, die große finanzielle Opfer forderten, ist dieser Zusammenschluß verzögert worden. Von Streitigkeiten sind auch wir nicht verschont geblieben. Zu

einer Spaltung ist es glücklicherweise in den Gewerkschaften nicht gekommen; es gelang, die Gegensätze zu überbrücken. Der Höhepunkt der Spaltungskrise ist heute überschritten. Wir haben begriffen, daß eine Spaltung die Gewerkschaften ohnmächtig macht. Die Gewerkschaft wird der Boden sein, auf dem wir uns wieder zusammenfinden, auch mit Hilfe der russischen Genossen. Wir hoffen, daß die heutige Tagung dazu beiträgt. (Lebhafter Beifall.)

de Zeeuw, Holland: Wir haben großes Interesse, was Sie für Beschlüsse fassen, und wollten daher nichts unterlassen, die alten Verbindungen wieder aufzunehmen. Die holländischen Kollegen sind während des Krieges zurückgeblieben; erst jetzt gelang es, das wieder einzuholen. Ueber den Vorkriegsstand haben wir unsere Verhältnisse nicht erheben können. Schon seit Jahren sind deutsche Bauarbeiter in Holland beschäftigt. Die Arbeitsgelegenheit wird jedoch mit jedem Tage geringer, und damit besteht die Gefahr der Lohnkürzung. In vielen Orten haben wir große Arbeitslosigkeit, was die Unternehmer benutzen wollen, um das Verlorene zurückzugewinnen. Besonders wird der Achtstundentag angegriffen. Wir wollen die Berichterstattung von dieser Tagung benutzen, um unsere Kollegen anzuspornen, so zu arbeiten wie Sie. (Großer Beifall.)

Tetenka, Tschechoslowakei: Wir sind zu Ihrem Verbandstage nicht nur gekommen, um zu grüßen, sondern auch, um zu lernen und nach Ihrem Muster unsere Organisation auf- und auszubauen. Der deutsche Geist lebt auch bei uns. Wir sind aber heute gezwungen, alle Nationen in unserm Verbande zu umfassen. Bisher ist das nicht gelungen, die Deutschen haben noch einen eigenen Verband. Wir brauchen auch die Deutschen. Daß wir nur eine Organisation, den Industrieverband, wollen, beweist der Zusammenschluß der verschiedenen Berufe in unserm Verbande. Wir haben einen jungen Kapitalismus, und wie jeder junge Körper sich kräftig fühlt, so auch unser Kapitalismus. Er schreitet in allen Berufen mit Lohnabbau vor, während die Teuerung nicht gefallen ist. Einen schweren Kampf führten zuerst die Gemeinde- und die Bergarbeiter, denen jetzt 30 000 Metallarbeiter gefolgt sind. Die Regierung geht mit den Unternehmern. Der Zusammenschluß aller Gewerkschaften muß deshalb kommen, um einen kräftigen Schlag gegen den Kapitalismus zu führen. Einzelkämpfe gehen verloren. Die Verhältnisse und die Massen fordern andere Methoden. Werden diese Methoden angewandt, dann werden auch die Streitigkeiten verschwinden. Wir haben auch mit Sozialisierungsversuchen angefangen. Wollen wir im Baugewerbe vorwärts, dann müssen wir uns zusammenschließen und vereinigt schlagen. (Starker Beifall.)

Kaufmann, Bund der technischen Angestellten und Beamten: Ich habe Ihnen die Grüße meiner Organisation zu überbringen und den besten Erfolg zu wünschen. Damit wollen wir sagen, daß Hand- und Kopfarbeiter des Baugewerbes einig sein müssen. Das Unternehmertum ist geschlossen, um so fester müssen wir zusammenhalten. Wenn Sie den Baugewerksbund gründen, werden wir uns als Kämpfer anschließen. Aber bedenken Sie, nicht die Form, sondern der Geist entscheidet. Der Geist, in dem wir in Zukunft gemeinsam arbeiten wollen. Wir haben schon seit Karlsruhe in allen wichtigen Fragen mit Ihrem Verbandsvorstand gut zusammen gearbeitet, und ich will nur wünschen, daß das in Zukunft noch inniger geschieht. Leiparts Worte von Düsseldorf müssen Wahrheit werden, daß wir alle Kinder eines Geistes sind und unser Tun getragen sein muß vom Kampfgeist. Wir brauchen die Solidarität der Bauarbeiter, Sie gebrauchen aber auch die Techniker und Ingenieure, wenn Sie das Baugewerbe sozialisieren wollen. Die Unternehmer verweigern den Technikern ihre Rechte, die darum kämpfen müssen. Möge Euer Verbandstag ein Merkstein sein in der deutschen Arbeitergeschichte. (Anhaltender Beifall.)

Den Ausführungen aller ausländischen Redner wurde von dem Verbandstage mit der größten Aufmerksamkeit zugehört. In freudigen Worten dankte der Kollege Silberschmidt für die überbrachten Grüße und drückte die Stimmung des Verbandstages dahin aus: In dieser Stunde ist zum Ausdruck gekommen, daß wir uns über Land und Grenzen hinaus verbunden fühlen. (Beifall.) Was vor dem Kriege begonnen wurde, wird jetzt weitergeführt werden. Um so mehr wir um unser Leben kämpfen müssen, desto mehr wird die Stütze unserer ausländischen Freunde nötig sein. Wir wollen uns bemühen, nicht nur die Internationale auszubauen, wir wollen uns auch verstehen lernen, um dadurch das gegenseitige Vertrauen zu stärken. (Großer Beifall.)

Hierauf berichtet für die Mandatprüfungskommission Kollege Schäfer, Barmen: Anwesend sind 355 Abgeordnete, einschließlich Verbandsvorstand, Bezirksleiter, Verbandsausschuß, Schriftleitung des „Grundstein" und 3 auf dem Leipziger Jugendtag gewählte Vertreter der Lehrlinge und Jugendlichen. Die 318 gewählten Abgeordneten verteilen sich auf folgende Berufe: Maurer 241, Bauhilfsarbeiter 46, Erd- und Tiefbauarbeiter 7, Stukkateure 6, Putzer 1, Rabitzer 2, Fliesenleger 5, Steinhauer 4, Zementeure 2, Einschaler 1, Marmorarbeiter 1, Schachtmeister 1, Poliere 1. Für eine Reihe Abgeordnete mußten Ersatzmänner berufen werden. In mehreren Fällen sind Unregelmäßigkeiten bei der Wahl vorgekommen, besonders in dem 4. Wahlkreis des Bezirks Stettin. Die Stimmzettel wurden dort von Haus zu Haus eingesammelt; die Wahl des Kollegen Kluth, Nörenberg, mußte daher für ungültig erklärt werden. Da nun aber der erste Ersatzmann, Engel, Stargard, erkrankt ist, beschloß der Verbandstag gegen 2 Stimmen, den Kollegen Sasse, Pyritz, telegraphisch herbeizurufen. Bemerkenswert ist noch die Feststellung, daß nur 16 Abgeordnete nach dem Kriege dem Verbande beigetreten sind. Das beweist, daß die alten erfahrenen Mitglieder das Vertrauen ihrer Kollegen haben.

Der Verbandstag nahm nun den

Bericht der Schriftleitung des „Grundstein"

entgegen. Kollege Otto bedauert, daß immer noch Schwierigkeiten in der Versendung des „Grundstein" bestehen. Es werde alles getan, um diese Schwierigkeiten zu beheben. Dabei ist auch die Frage untersucht worden, ob es möglich ist, den „Grundstein" an mehreren Orten des Reiches zu drucken. Das ist aber deshalb undurchführbar, weil die in Betracht kommenden Parteidruckereien auf ein anderes Format, als der „Grundstein" es hat, eingestellt sind. Matrizen könnten von Hamburg aus nicht versandt werden, so daß eine Verzögerung im Druck eintreten würde. Ein Antrag verlangt besseres Papier für den „Grundstein". Die andern Gewerkschaftsblätter haben meist schlechteres Papier. Die Kosten sind bei dem heute benutzten Papier schon sehr hoch. Der „Grundstein" Nr. 13 kostete bei einer Auflage von 512 300 Druckstücken, einschließlich Versand, 199 652 *M*. Die Druckzeile kommt auf 78,25 *M* zu stehen. Auf besserem Papier hergestellt, würde ein Blatt 1,15 *M* kosten. Die Gesamtkosten für eine Nummer würden 679 825 *M* betragen; die Druckzeile käme dann auf 249,50 *M* und die Jahreskosten auf 35 350 900 *M*. Diesem Antrag kann also nicht Rechnung getragen werden. Ein anderer Antrag wünscht, daß der „Grundstein" mehr wirtschaftliche Artikel bringt. Da muß denn doch gesagt werden, daß kein anderes Gewerkschaftsblatt in den letzten Jahren mehr wirtschaftliche Artikel gebracht hat, als gerade der „Grundstein". Anträge auf eine andere Schreibweise kehren auf jedem Verbandstage wieder. Wenn damit unser Kampf gegen die Bolschewisten gemeint ist, dann kann ich nur erklären, daß es auch in der Zukunft nicht anders denkbar ist, wenn die Taktik der Kommunisten sich nicht ändert. Ich erkenne nicht an, daß die Leute, die wir angegriffen haben, überhaupt Kommunisten sind. Es ist im „Grundstein" kein einziger Satz gegen die Idee des Kommunismus geschrieben worden. Auf die Zellenbildung, auf die 21 Punkte ist es zurückzuführen, daß der „Grundstein" so vorging. Und wenn deswegen Angriffe erhoben werden, dann können Sie nur mich allein angreifen; denn ich habe die Artikel geschrieben. Hätte Losowsky auf dem Betriebsrätekongreß im vergangenen Jahre und auch Simonjew an anderer Stelle so geredet wie heute Sapranoff, dann wäre uns viel wirtschaftliches Unheil erspart geblieben. Es ist unerhört, wie jetzt sogar unter Drohungen Abgeordnete veranlaßt werden, ihr Mandat niederzulegen. Und dagegen sollen wir uns nicht wehren? Den Machtgelüsten einer einzelnen Partei zu huldigen, ist der „Grundstein" nicht da. Wenn die Zellenbildung aufgegeben wird und die Kommunisten bereit sind, nach gewerkschaftlichen Grundsätzen zu arbeiten, dann werden wir keine Zeile mehr gegen sie schreiben.

Ein Antrag verlangt die Einsetzung einer Preßkommission. Bedenkt man, daß in den letzten 2 Jahren nur 3 Beschwerden bei uns eingingen, dann erscheint die Bildung einer solchen kostspieligen Instanz überflüssig. — Schließlich muß noch die Frage aufgeworfen werden, ob wir die Bekanntmachungen der Bilanzen der Sozialen Baubetriebe zu dem bisherigen Preis von 5 *M* für die Druckzeile fernerhin aufnehmen können. (Großer Beifall.)

Dritte Sitzung.

Kollege Hanke berichtete über die

Tätigkeit des Verbandsausschusses.

Nach dem Druck des schriftlichen Berichtes sind noch 5 Beschwerden beim Ausschuß eingegangen, von denen 4 bisher erledigt sind. Nachdem Redner diese 4 Fälle besprochen, wies er darauf hin, daß zwar alle Verbandsmitglieder nach der Tagung des Verbandstages stets eine neue Satzung bekommen hätten, daß er aber leider sagen müsse: Recht wenig Mitglieder lesen diese Satzung genau durch und richten sich in ihrem Verhalten nach diesen Bestimmungen. Hanke verlas dann weiter den schriftlichen Bericht der Revisoren, in dem mitgeteilt wurde, daß die Revisoren an der Buch- und Kassenführung keinerlei Aussetzungen haben.

Der Vorsitzende Behrendt stellte hierauf die Berichte und die dazu gestellten Anträge zur

Aussprache.

Einleitend teilte er zunächst mit, daß eine Anzahl Beschwerden an den Verbandstag gerichtet wurden, die von der Beschwerdekommission zu prüfen und über die diese zu entscheiden habe. Die in Betracht kommenden Akten ständen zur Verfügung.

Das Wort erhielt hierauf Prikrill, München. Er wies auf den Meinungsstreit hin, der nicht nur in unserm Verbande, sondern in der ganzen Arbeiterbewegung bestehe. Die vielen Ausschlüsse legten es nahe, daß man für die Begriffe „Verbandsschädigung" und „Quertreibereien" eine klare Auslegung finde. Der Verbandstag in Karlsruhe habe da eine Lücke gelassen. Er hoffe nun, daß der jetzige Verbandstag diesen Fehler beseitigen werde.

Böschen, Solingen, behauptete, daß es für die Gewerkschaften nicht möglich sei, politisch neutral zu sein. Der Verband stehe noch auf arbeitsgemeinschaftlichem Boden und habe dadurch den Boden des Klassenkampfes verlassen. Er müsse wieder dahin zurückgeführt werden. Aus den Ausführungen des Redners ging hervor, daß er viele Vorgänge der letzten Jahre nicht begriffen hat oder nicht begreifen will. Im übrigen hielt er eine jener Reden, die aus kommunistischer Propaganda allgemein bekannt sind. Eine Rede, die nicht eine Kritik der Tätigkeit unseres Verbandsvorstandes bedeutet, sondern eine Empfehlung bolschewistischer Rezepte. Zum Schlusse trat Redner für den Baugewerksbund ein und für die Einheitsfront des gesamten internationalen Proletariats.

Kollege Behrendt verlas darauf einen Antrag des Verbandsvorstandes, **aus Verbandsmitteln für die Russenhilfe 500 000 *M*. zu überweisen.**

Müller, Nordhausen: Wir müssen zugeben, daß im allgemeinen an der Geschäftsführung des Verbandsvorstandes nichts auszusetzen ist. Auch bei uns gab es Mitglieder, die auf den Verbandsvorstand schimpften, weil ihnen einzelne Bestimmungen nicht gefielen. Bei näherem Zusehen ergab sich dann stets, daß nicht der Vorstand selbstherrlich verfuhr, sondern daß er sich nur nach den Satzungen und nach den Verbandstagsbeschlüssen richtete. In Nordhausen sind auch unsere kommunistisch gesinnten Mitglieder ebenso sehr von der Notwendigkeit, die Gewerkschaften zu stärken, überzeugt, wie die andern Kollegen. Wir arbeiten einmütig an dem sozialistischen Aufbau, an der Organisation, die uns helfen soll, uns zu befreien von dem Joch des Privatkapitalismus.

Engler, Leipzig: Wenn wir uns die vielen gegenseitigen Anfeindungen vor Augen führen, so könnte man fast zu dem Glauben kommen, daß es zeitweilig wie eine Krankheit über die Menschheit kommt, sich aus religiösen oder politischen Gründen zu zerfleischen. Es lasse sich nicht verkennen, daß durch die reformistische Einstellung der Gewerkschaftsführer manches schlimmer erscheine, als es in Wirklichkeit ist. An der Tätigkeit und an dem Bericht des Vorstandes und der Schriftleitung des „Grundstein" habe er an sich nichts auszusetzen. Er habe jedoch den Wunsch, daß sich beide auf eine größere Aktivität einstellen.

Schlüter, Bielefeld: Es kann uns doch hier nicht interessieren, ob jemand zu dieser oder jener Partei gehört. Maßgebend ist hier das Wohl unseres Verbandes, das Wohl der Gewerkschaften. Politische Erörterungen gehören nicht in unsere Versammlungen in dem Sinne, daß wir Parteipolitik treiben. Ich stelle hiermit fest, daß sich bisher kein Diskussionsredner gegen die Tätigkeit des Vorstandes ausgesprochen hat. Wir könnten also mit diesem Punkt der Tagesordnung eigentlich schon fertig sein. Damit will ich nicht sagen, daß man mit allem, was der Vorstand tut, einverstanden sein muß. Redner geht dann auf einige der Anträge ein. Wer solche Anträge stellt, muß sich doch darüber klar sein, daß die Gegenseite antwortet: Was ist die Einheitsfront? Die Kommunistische Partei redet davon; hier auch Böschen. Aber auch er kann uns nicht sagen, wie sie geschaffen werden soll.

Wagner, Altötting: Es braucht sich wohl nicht jeder bemühen, die 20 Minuten Redezeit voll auszunutzen. Wir waren der Meinung, daß mancher Satz im „Grundstein" in parteipolitischer Hinsicht unterbleiben konnte. Wenn aber die KPD. fortwährend Angriffe publiziert, dann gebietet es die Selbstachtung, daß wir zeitweilig antworten. Wir haben den Wunsch, daß wir bessere Informationen bei Lohnbewegungen usw. durch unser Verbandsblatt erhalten. Ferner wünschen wir, daß bei der Korrespondenz mit dem Vorstand ein etwas kollegialerer Ton angeschlagen wird, daß man uns auch in Hamburg mehr Zutrauen schenkt und an unser Verantwortlichkeitsgefühl glaubt. Redner bringt dann folgendes Schreiben zur Verlesung:

Mühldorf, am 21. März 1922.

An Genossen Prähofer, Betriebsrat,
Burgkirchen.

Werter Genosse!

Es dürfte Dir bekannt sein, daß sich beim kommenden Verbandstage der Bauarbeiter eine kommunistische Opposition gebildet hat. Um nun auf den Kern der Sache einzugehen, wäre folgendes gesagt: Da Du auf Grund der Urabstimmung als aktiver Delegierter gewählt bist, fordert die Partei schon heute eine klare Entscheidung, wie Du Dich dort stellen wirst. Es dürfte Dir bekannt sein, daß auch im Inn- und Alzgebiet eine kommunistische Wahlliste verwendet wurde, doch wurdest Du auf derselben nicht angeführt, aus dem einfachen Grunde, da uns von seiten der Genossen geantwortet wurde, daß Du mit Deinem Arbeitgeber Burgfriedenpolitik triebest. Wir konnten dies wegen der Kürze der Zeit nicht prüfen und glaubten überdies, daß Du als aktiver Kandidat nicht in Frage kämest. Die Abstimmung hat aber das Gegenteil bewiesen und wir müssen Dich nun vor die Entscheidung stellen, mit oder gegen die kommunistische Opposition. Laut den Satzungen der Partei bist Du verpflichtet, der Opposition rückhaltlos Deine Stimme zur Verfügung zu stellen oder als Delegierter zurückzutreten; Deine Stelle würde dann Genosse Hellmann besetzen.

Entscheide deshalb mit Deinem Innern; würdest Du lediglich dem äußern Zwange folgen, so wäre das doppelt schlecht für die Partei und auch für Dich, und würdest Du in den Ruf eines Gesinnungslumpen kommen.

Wir ersuchen Dich nochmals, uns binnen 8 Tagen umgehend bindende Antwort zukommen zu lassen und zeichnen

mit Genossen-Gruß
für die Partei, Ortsgruppe Mühldorf,
Albrecht, Karl.
für die Gewerkschaftsunterabteilung, Bezirksverein Altötting,
Vorsitzender: Kern, Martin.

Stempel:
Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
(Sektion der III. Internationale)
Ortsgruppe Mühldorf.

Dieses Schreiben ist geheim zu halten.

Daßler, Remscheid, erörtert die Chemnitzer Angelegenheit. Nach seiner Meinung hat der Beschluß des Vereins Chemnitz, für die KPD. 1000 *M* zu bewilligen, den willkommenen Anlaß geboten, den Verein aufzulösen. Da die Warnungen und Forderungen des Vorstandes, die nach Chemnitz gerichtet waren, aus den früheren Veröffentlichungen bekannt sind, brauchen wir die vom Redner verlesenen Schriftstücke nicht nochmals verlesen.

Zumpe, Nürnberg: Zwei Fragen beschäftigen uns hier in der Hauptsache: Baugewerksbund und Reichstarifvertrag. Es ist schlimm, daß wir uns hier mit dem Zwiespalt in unsern Reihen befassen müssen, während wir doch zu größerer Einheit streben. Die Ursachen für die Opposition der KPD.

Mitglieder im Verbande liegen doch etwas weiter zurück. Denken wir an die Artikel im „Grundstein" aus dem Jahre 1915. Dort liegt die Ursache. Es kann nicht die Aufgabe der heutigen Schriftleitung sein, die bolschewistische Schimpfkanonade mit einer andern zu beantworten. Redner wies kurz auf den Antrag 303 hin, in dem die Nürnberger Kollegen Stellung zu den Maßnahmen der Regierung und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beim Eisenbahnerstreik nehmen.

Hüttmann, Frankfurt: Wenn wir uns den mündlichen und schriftlichen Bericht des Vorstandes vor Augen halten, dann müssen wir anerkennen, daß an ihm wenig auszusetzen ist. Damit sage ich nicht, daß ich mit allen Taten und Meinungen des Vorstandes ganz und gar einverstanden bin. Konnte in den letzten 2 Jahren für unsere Kollegen mehr erreicht werden? Nach Lage der Sache haben wir das Mögliche erreicht. Wir haben gestern hier sehr schöne Reden gehört. In dieser Richtung liegt unser Weg. Das muß das große Ziel für uns sein. Ich wünsche auch, daß unser Vorstand im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für eine lebhaftere Betätigung eintritt. Ich wünsche, daß wir in der Sache des Baugewerksbundes im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und auch sonst nach außen den Kampf für diesen eröffnen, sachlich und kollegial. Ich schlage vor, jene Entschließung von Karlsruhe, die uns die parteipolitische Neutralität vorschreibt, aufzuheben. Genützt hat sie uns nichts, wohl aber nach meiner Ansicht geschadet. Die Ausschlüsse von Mitgliedern können nach meiner Ansicht nicht so weitergehen. In der von mir vorgeschlagenen Richtung sollte nach meiner Ansicht zukünftig der Verband geführt werden. (Großer Beifall.)

Ein Antrag, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken, wurde angenommen.

Schäfer, Barmen, unterstützt zunächst den Vorschlag Hüttmanns, die Entschließung, betreffend die politische Neutralität, aufzuheben. Er erörterte dann die Zustände, zu denen das Treiben der KPD. in Barmen-Elberfeld geführt habe. Er ersuchte die Abgeordneten, mit allen Kräften für die Einheit des Verbandes einzutreten.

Walter, Halle, beschwerte sich zunächst darüber, daß einzelne Redner verlacht wurden, und daß man ihm zugerufen habe: „Wie lange bist Du organisiert?" Redner beschwerte sich dann bitter über die Schriftleitung des „Grundstein", die fortgesetzt die Kommunisten verunglimpfe. Er beschuldigte weiter die 2 Internationale, daß sie die Einheitsfront nicht wolle. (Beifall von 5 Kollegen.)

Theisen, Braunschweig: Viele Kollegen sind mit den Machenschaften des Hauptvorstandes nicht einverstanden. Er polemisierte gegen die Arbeitsgemeinschaft. Wer nicht mit dem Vorstande einer Meinung sei, der werde hinausgeschmissen. (Zurufe: So macht Ihr es!) Redner trat dann dafür ein, den Verein Chemnitz wieder aufzunehmen.

Meister, Wilhelmshaven: Wir können nach meiner Ansicht die Entschließung, betreffend die parteipolitische Neutralität, nicht aufheben, wenn wir nicht dort, wo heute noch die gewerkschaftliche Einheit besteht, diese zerstören wollen. Bei uns werden parteipolitische Debatten in den Versammlungen nicht geduldet, darum haben wir auch keine Ausschlüsse aus diesem Grunde. Wir haben unter den Kommunisten viele junge Leute. Das ist begreiflich; denn die Jugend handelt mehr gefühlsmäßig. Sie ist impulsiv, so wie wir in unserer Jugend waren. Notwendig ist, daß man sich von jener Seite mehr Toleranz angewöhnt, dann können wir miteinander leben.

Zettel, Aue, bezeichnete die Ausschlüsse als einen Schandfleck für die Bauarbeiterbewegung, als eine Unvernunft. Wenn wir in Aue nicht vernünftig gewesen wären, wäre uns das gleiche geschehen wie den Chemnitzern. Er ersuchte weiter, die Anträge auf Aufhebung der Ausschlüsse anzunehmen.

Götze, Bremen: Vor dem Kriege war ein Teil unserer politischen und auch gewerkschaftlichen Führer nicht eingestellt auf die großen sozialen Ziele, die der Mehrheit der Arbeiter vorschwebten. Daher kam es denn auch, daß im Weltkriege von ihnen jene Politik getrieben wurde, die zur Spaltung und zu dem ganzen Streit Anlaß gab. Redner verwarf die Taktik der Kommunisten in den Gewerkschaften. Wenn man schon annehme, daß rechtsstehende Führer die Bewegung geschädigt haben, so treffe dies doch in verstärktem Maße zu für die ganz linksstehenden Führer. Er wünschte gleichfalls, daß die Karlsruher Entschließung aufgehoben werde und daß ein Weg gesucht werde, um den Ausgeschlossenen, die in ihrer Unerfahrenheit Opfer geworden seien, den Wiedereintritt zu ermöglichen.

Vierte Sitzung.

Fortsetzung der Aussprache über den Geschäftsbericht.

Bielig k, Leipzig: Der Verbandsvorsitzende hat in seinem Bericht hervorgehoben, daß die Werbetätigkeit für den Verband infolge der Quertreibereien gelitten habe. Für uns in Leipzig steht die Sache so, daß wir eine eigentliche Werbetätigkeit zur Mitgliedergewinnung nicht mehr nötig haben. Anders ist es aber mit der Erziehung vieler Mitglieder zu wirklich brauchbaren Gewerkschaftern. Und die politischen Gegensätze erschweren zweifellos diese Erziehung. Sie schwächen den Verband. Eine Einheitsfront der Kollegen, die durch die Schule der alten sozialistischen Partei gegangen sind, wird leicht möglich sein. Wie aber mit den jungen Leuten? Die hier mehrfach genannte Entschließung von Karlsruhe hat uns in Leipzig nicht gehindert, aber auch nicht genützt.

Schwier, Minden: Die Kollegen, die zur Akademie der Arbeit geschickt wurden, müssen Gelegenheit erhalten, ihre Kenntnisse für den Gesamtverband zu verwerten. Viel mehr müssen die Wirtschaftsfragen behandelt werden; denn die Bezirks- und Vereinsleiter kommen infolge der rasch aufeinander folgenden Lohnbewegungen nicht dazu. Aufklärung müssen wir schaffen, besonders unter unsern Funktionären.

Gothe, Ahrensburg: Ich stimme mit dem Vorredner überein, daß unbedingt mehr die wirtschaftlichen Verhältnisse bei unserer Aufklärungsarbeit beleuchtet werden müssen. Es kann gar nicht genug getan werden zur Heranbildung eines guten Nachwuchses; wenn nötig, bin ich für Extrabeiträge, um die Kosten dafür aufzubringen. Wir müssen mehr von hoher Warte aus diese Dinge behandeln, keine Kleinigkeiten, wenn der Verband Fortschritte machen soll.

Fröhlich, Köln: Es ist heute gegen die Entschließung des Karlsruher Verbandstages gesprochen worden. Die Mehrheit des Karlsruher Verbandstages wollte mit dieser Entschließung den Verband vor Schädigungen bewahren. Es hat den Anschein, daß einige Abgeordnete dieses nicht mehr im Gedächtnis haben. Sie enthält die größten Freiheiten für politische Betätigung. Niemand soll und wird wegen seiner politischen Gesinnung ausgeschlossen; was der Verband von seinen Mitgliedern verlangen kann, ist: Achtung der Verbandssatzung und der gewerkschaftlichen Grundsätze. Nur wer diese mit Füßen tritt, kann mit uns nicht mehr arbeiten. Keine politische Partei sollte mit Geldmitteln unterstützt werden. Der Ruin der Gewerkschaft würde eintreten, wenn wir innerhalb des Verbandes uns nach politischen Gesichtspunkten gliedern würden. Würde die Entschließung vor 2 Jahren nicht geschaffen worden sein, dann müßte das jetzt im Hinblick auf die Gründung des Baugewerksbundes geschehen. Wer gegen den Karlsruher Beschluß ankämpft, ist ein Verräter des Verbandes. (Großer Beifall.)

Meiße, Breslau: Ich stimme Fröhlich zu. Es muß mehr in der Vertiefung der Bildung, besonders bei den Vereinsleitungen, getan werden. Bisher war die Erledigung der Magenfrage die Hauptaufgabe. Die Einheitsfront wird von den Befürwortern nicht ehrlich erstrebt; denn, da diese Leute fortgesetzt das Gegenteil tun, ist ihren Worten wenig zu glauben. Ich möchte in einer andern Sache wünschen, daß man sich einer andern Tonart auch beim Hauptvorstand befleißigt. Die Anträge, die gegen die bisherige Verbandspolitik gestellt sind, bitte ich abzulehnen.

Koschker, Dresden: Den Verbandsvorstand ersuche ich, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die Wohnungs- und Baustofffrage im Sinne des Beschlusses des Dresdener Bezirkstages durchgeführt wird. Ich wünsche noch, daß Verbandsmitglieder sich gegenseitig Achtung zollen.

Guethner, Heilbronn: Bis jetzt ist es nicht möglich gewesen, mit den Kommunisten eine ordentliche Versammlung zu Ende zu bringen. In allen Beratungen kehren sie den politischen Standpunkt hervor. Eine Fraktionsbildung können wir nicht dulden. Ich kann es mir nicht vorstellen, wie so in einer großen Versammlung die Lohnbewegungen ordnungsgemäß erledigt werden können.

Silberschmidt: Die Nürnberger sind bei ihrem Beschluß, der zum Eisenbahnerstreik Stellung nimmt, falsch unterrichtet. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat den Streikerlaß nicht gebilligt; deshalb entfällt die Voraussetzung für den Nürnberger Beschluß. Dann kommt hinzu, daß der Streik der Eisenbahner ohne Beachtung der gewerkschaftlichen Regeln ausgebrochen ist. Ueber diesen Streik sind die Eisenbahner selbst noch nicht zur Klarheit gekommen. Wir müssen uns deshalb hüten, ein Vorurteil zu fällen und uns in die inneren Angelegenheiten dieser Organisation zu mischen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird noch dazu Stellung nehmen; wir selbst sollten mit einer Erklärung die Nürnberger Entschließung als erledigt betrachten. Eine andere Sache. Es wird behauptet, ich sei Vertreter des Bauarbeiterverbandes im Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das ist nicht richtig. Ich bin als Gewerkschaftsmitglied in den Vorstand gewählt.

Bei Bildung des Baugewerksbundes hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund den Verbänden den Zusammenschluß empfohlen. Man darf nicht vergessen, daß hierbei berechtigte Wünsche zu berücksichtigen sind.

Schmidt, Görlitz: Wenn wir mit einigen sozialen Baubetrieben nicht immer Glück hatten, so kommt das von dem mangelnden Verantwortungsgefühl, mit dem vielfach an diese Arbeiten herangegangen wurde. Es wird aber besser werden, je mehr die wirtschaftliche Aufklärung Fortschritte macht.

Thöns, Berlin: Die Kommunisten arbeiten nur nach den Parteiparolen, ohne Rücksicht auf gewerkschaftliche Grundsätze. Man brauchte nur ein Mitgliedsbuch der KPD. zu haben, um Funktionär des Verbandes zu werden. Ich würde mich freuen, wenn der Kollege Hüttmann insoweit recht hätte, daß wir ohne die Karlsruher Entschließung die Dinge meistern könnten. Es wird aber nur mit Verleumdungen und Unwahrheiten von dieser Seite her gearbeitet. Soll der Verband weiter blühen und gedeihen, dann muß in Zukunft so wie bisher gegen Leute, die die Verbandssatzungen mißachten, vorgegangen werden.

Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Aussprache angenommen.

Inzwischen hatte die Beschwerdekommission ihre Arbeiten beendet. Den Bericht erstattete Wilhelm, Saarbrücken: Die Kommission habe gewissenhaft nach den Erfahrungen und Grundsätzen des Verbandes ihre Beschlüsse gefaßt. Es handelt sich in mehreren Fällen um Beschwerden wegen Ausschlusses aus dem Verbande und um Auflösung des Vereins Chemnitz. Die Beschwerdekommission legte dem Verbandstage folgende Entschließung vor:

Der vierte ordentliche Verbandstag billigt die Maßnahmen, die der Verbandsvorstand zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Verbande und zur Nachachtung der Verbandssatzungen in den Bezirksvereinen Aschersleben und Chemnitz ergriffen hat. Die früheren Mitglieder dieser Vereine, die wegen dieser Vorgänge ihre Mitgliedschaft im Deutschen Bauarbeiterverbande haben verfallen lassen und jetzt sogenannten kommunistischen Bauarbeitervereinen angehören, erhalten bei ihrem Wiedereintritt in den Verband ihre frühere Mitgliedschaft angerechnet, nach Maßgabe des § 22 der Verbandssatzungen des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Die in den kommunistischen Vereinen gezahlten Beiträge werden nicht angerechnet. Die Anträge um Wiederaufnahme in den Deutschen Bauarbeiterverband sind in jedem einzelnen Fall bis spätestens zum 1. August 1922 durch Vermittlung der zuständigen Vereins- und Bezirksleitung an den Verbandsvorstand einzureichen.

Es folgen nun die Schlußworte der Berichterstatter. Kollege Hanke vom Verbandsausschuß wendet sich gegen die falsche Darstellung der Vorgänge von Beschwerdesachen und erklärt sich mit den Entscheidungen und der vorgelegten Entschließung der Beschwerdekommission einverstanden.

Der Schriftleiter des „Grundstein", Kollege Otto, erklärt sich mit dem in der Aussprache vorgetragenen Wunsche nach Frieden einverstanden. Er glaubt aber, daß sich dieser Friede nicht einstellen wird, solange nicht die Kommunisten ihre Denkweise ändern. Solange die Bolschewisten nach den Vorbildern von Ludendorff, Helfferich und Genossen den Arbeitern der übrigen Länder die Schuld zuschieben an dem Nichtgelingen der Weltrevolution. Die jüngeren Kollegen, die einige Jahre im Weltkriege mißhandelt wurden, kann man verstehen in ihrer Stimmung; aber wir können diese Leute in ihren Irrtümern doch nicht gehen lassen. Der „Grundstein" hält es für seine Pflicht, hier Aufklärung zu schaffen. Gegen Veröffentlichungen der Kommunisten, wie sie vor dem Verbandstage geschahen, mußten wir uns im „Grundstein" wehren. Manche vorgebrachten Wünsche lassen sich erfüllen, wenn der „Grundstein" vom Lande draußen Unterstützung erhält. Die Karlsruher Entschließung muß bestehen bleiben. Wenn Sie aber Streitigkeiten im Verbande haben wollen, dann dürfen Sie nur dem Vorschlage Hüttmanns folgen. Was würden das für Zustände in der Schriftleitung unseres Blattes abgeben, wenn etwa zwei- oder dreierlei politische Richtungen tätig wären? Nein, so geht es nicht. Der „Grundstein" muß die beste Waffe sein in unserm Kampfe um bessere Wirtschaftsverhältnisse. (Bravo!)

Mit großer Aufmerksamkeit lauscht nun der ganze Verbandstag dem Schlußworte des Kollegen Paeplow: Wer sich gegen die Entschließung von Karlsruhe wendet, hat sie nur mit den Augen gelesen, nicht mit dem Geiste. Es ist undenkbar, daß eine gewerkschaftliche Bewegung sich nach politischen Grundsätzen richten kann: Politik und Parteipolitik sind übrigens ganz verschiedene Dinge. Noch kein Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes oder seiner Vorläufer war politisch indifferent. Wir treiben ja auch Politik, vor allem Wirtschafts- und Sozialpolitik. Aber wir wenden uns dagegen, daß irgendeine Partei aus Parteirücksichten die Personen aussucht, die die Geschicke des Verbandes zu leiten haben. Den Meinungsstreit werden wir durch keine Entschließung aus der Welt schaffen. Jedoch innerhalb der Organisation müssen die Gegensätze ausgetragen werden, es dürfen keine Einflüsse von außen kommen. Wir wollen ja alle zusammen das gleiche. Wir wollen die Arbeiter freimachen vom Kapitalistenjoch, sie sollen nicht irgendeiner Macht untertan sein. In diesem Kampfe um das gleiche Ziel darf nicht die eine Seite nach dem Rezept verfahren: „Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein". Es muß bei unsern Meinungskämpfen alles das ferngehalten werden, was sich in den politischen Parteien abspielt. — Nach den Darstellungen einiger Redner könnte man meinen, die Ursachen, die zum Ausschluß von Kollegen und zur Auflösung der Vereine Chemnitz und Aschersleben geführt haben, seien nicht schlimm. Die Dinge sind aber gar nicht geringfügig. Wenn wir heute uns über eine Sache einigen und einige 20, 30 oder 50 Kollegen, die damit nicht einverstanden sind, gehen hinaus und halten Konferenzen ab gegen den Gesamtverband, dann müssen sie ausgeschlossen werden. Und die sie unterstützen, müssen denen folgen, die sich offen gegen den Verband auflehnten. In einigen Orten (Aue, Halle) wurde man zur rechten Zeit vernünftig. — Ob die Kollegen kommunistisch sind oder glauben kommunistisch zu sein, geht uns gar nichts an. Aber wenn diese Kollegen Zeitungen herausgeben und besondere Konferenzen abhalten, dann kann man es doch nicht mehr ruhig hinnehmen. Eine Selbstverständlichkeit müßte es sein, daß mit den Verbandsführern anständig verkehrt wird. Aber dagegen wird kein Ausschluß vorgenommen; das träfe nur zu, wenn die Verleumdungen zu lumpig wären. Wir sind dafür, daß die Kollegen wieder Mitglied werden können, ohne daß sie ihre Mitgliedschaft verlieren.

Für unsere Arbeit müssen wir das eine festhalten: Wo würde es hinführen, wenn ich und die übrigen Mitglieder des Vorstandes alle Woche oder alle Monate Instruktionen von einer örtlichen, bezirklichen oder zentralen Leitung einer Parteiorganisation erhalten würden? Dann könnte ich doch nicht mehr nach den Verbandssatzungen die Geschäfte führen. Und wenn ich das nicht darf, dann dürfen es auch nicht die Vereine; denn bei denen ist es ebenso schädlich und verderblich. Heute bestehen noch Fraktionen der Kommunistischen Partei, die die Mitglieder verpflichten, das auszuführen, was ihre Partei vorschreibt. Unsere Arbeiten können wir nur leisten aus verbandstechnischen, gewerkschaftlichen Erwägungen heraus. — Es ist nicht nötig, die Satzung hinsichtlich der Ausschlüsse bestimmter zu fassen. Selbst bei groben Verstößen wollen wir Geduld mit der Einsicht zeigen. Auch die Redaktion des „Grundstein" wird sich bemühen, alle Richtungen zu Worte kommen zu lassen. Es ist der Artikel „Wölfe im Schafpelz" angegriffen worden. Dieser Artikel war nötig; er ist durchaus sachlich gehalten und gerechtfertigt. Den Mitgliedern sollte gezeigt werden, welchen Weg die Ausgeschlossenen jetzt gehen. Sie tun wie unschuldige Lämmlein und versuchen, dem Verbandsvorstand die ganze Schuld zuzu-

schieben. — Die Bemängelungen der Aktivität des Verbandsvorstandes im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund treffen daneben. So offen wie hier rede ich auch dort, und was möglich ist, wird in die Praxis umgesetzt. Aber wir können nicht alles. Man muß auch zusehen, wo die Mehrheit ist, es geht eben nicht mit dem Kopfe durch die Wand. Genau wie bei Lohnbewegungen unserer Kollegen, nicht weil sie nicht berechtigt wären, sondern weil wir mit den Verhältnissen rechnen müssen, weil wir die Wirtschaft nicht umstülpen können. Auch in Rußland kommt man bereits zu der Ueberzeugung, daß die Alles- oder Nichtspolitik falsch ist. Wer trägt denn den Nachteil einer solchen Politik? Die Drohnen verderben nicht, es sind doch nur die Arbeiter, ihre Frauen und Kinder. In diesen Auffassungen trennen sich die Sozialisten von den sogenannten Bolschewisten. Eine Gewerkschaft in Deutschland kann gar nicht anders arbeiten als wir und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund.

Die Arbeitsgemeinschaft wurde 2 Tage nach dem Karlsruher Verbandstage gekündigt. Eine solche Arbeitsgemeinschaft, wie sie hier dargestellt wurde, hatten wir überhaupt nie. Eine Art Arbeitsgemeinschaft haben wir auch durch unsere Tarifverträge. Wir sind längst nicht stark genug, eine gute Lohnpolitik ohne Tarifvertrag durchzuführen. Aber wie in den letzten Jahren bewiesen, hindert uns der Tarifvertrag nicht, notwendige Verbesserungen durchzuführen. Sind etwa andere Verbände ohne Tarifvertrag günstiger daran? Ich erinnere an den gegenwärtigen Kampf der Metallarbeiter. Es wird nötig sein, daß die Metallarbeiter finanziell unterstützt werden. Wir werden uns eben mit der Machtbegrezung auch in diesen Dingen abfinden müssen.

Es werden größere Freiheiten bei Lohnbewegungen gewünscht: Wenn man aber will, daß die Zentralstellen über die Verwendung der Gelder wachen sollen, dann muß auch der Vorstand das Recht haben, zu bestimmen, ob an einem Orte gestreikt werden kann oder nicht. Ebenso ist es bei den übrigen Unterstützungen und in Rechtsschutzfällen. Der Vorstand muß sich allemal überzeugen, wie die Dinge liegen. Seine Beschlüsse können sich nur aufbauen auf einer gründlichen Kenntnis der betreffenden Verhältnisse.

Wir tun alles, um mit unsern ausländischen Freunden engste Verbindung zu halten. Theoretisch sind wir im Einklang, wir werden auch praktisch zur Verständigung kommen.

Was wir für die Sozialisierung geleistet haben, ist bis jetzt ein winziges Teil gewesen. Leider haben wir uns früher mit der praktischen Durchsetzung des Sozialismus gar nicht beschäftigt. Als die Revolution kam, standen viele davor wie der Ochs vor dem neuen Tor. Resolutionen wurden allerdings genug gefaßt, aber damit ist nichts erreicht. Leider sind auch die Bergarbeiter, die mit dem Vortrupp marschieren müßten, in dieser Frage uneinig. Das wirkt sehr hemmend; denn auch die Arbeiter müssen einen starken Antrieb von außen haben. Und den haben wir geschaffen. Da wir die Unternehmer nicht kurzweg beseitigen können, müssen wir zeigen, wie die Betriebe rationeller und produktiver geführt werden können. Das ist ein Weg zum Sozialismus. Und auch dann müssen wir sozialisieren, wenn die Arbeiter die ersten Jahre scharf zupacken müssen und keine augenblicklichen Vorteile genießen. In unsern eigenen Betrieben sind wir imstande, eine immer größere Zahl Menschen auszubilden zu Vorbildern gegenüber unsern Gegnern in den Regierungen und den Kapitalisten. Solche Betriebe müssen anders eingeschätzt werden als Unternehmerbetriebe. Unsere Mitglieder arbeiten nicht für irgendeinen Ausbeuter, sondern für die Allgemeinheit und damit besonders für die Armen. — Was die Kommunisten hierzu geschrieben haben, ist wiederum schlimmste Verdrehung und Verleumdung. Sie haben sich bis jetzt nur als Abbrucharbeiter betätigt, etwas Neues haben und hätten sie nicht schaffen können. Was Lenin auf dem Kongreß der russischen Metallarbeiter gesagt hat, trifft ins Schwarze. Lenin führte aus:

„Wir müssen die Regierungsmaschine so gestalten, daß an der Spitze wichtiger Aemter nicht Männer stehen, die auf diesem Gebiete nichts verstehen. Unsere Kommunisten sind ja lauter prächtige Kerle, aber für die praktische Arbeit taugen sie nicht. In der Theorie ist bei uns alles so vorzüglich, daß der pünktlichste Deutsche daran seine Freude haben müßte, aber in der Praxis geht alles drunter und drüber, und niemand weiß, wofür er eigentlich verantwortlich ist. Wir haben zwar eine große Reinigung der Aemter durchgeführt. Hunderttausende von Lumpen, Dieben und Faulenzern haben wir zum Teufel gejagt. Das war gut, aber das genügt noch lange nicht. Zehntausende müssen noch dasselbe Schicksal erleiden. Wir brauchen ausschließlich Leute, die wirklich was leisten können und wollen. Unser gefährlichster Feind ist heute der kommunistische Redner, der auf wichtigee und verantwortungsvoller Verwaltungsstelle sitzt. Von diesem Feinde müssen wir uns und den Staat befreien. Die große bevorstehende Reinigung gilt den Parteiführern, die sich auch für Administratoren halten. Das sind die großen Propagandisten und Agitatoren, die zwar Altes niederzureißen verstanden, aber unfähig sind, Neues an seine Stelle zu setzen. Ihr ganzes Tagewerk besteht in der Erfindung von neuen und immer schöneren Theorien. Die Kleinarbeit des Alltags interessiert sie nicht, ist ihnen lästig und beschwerlich."

Die „Rote Fahne" der deutschen kommunistischen Sektionen in Moskau hat die Richtigkeit dieser Auslassungen bestätigt. Wir empfehlen sie unsern kommunistischen Freunden zu angelegentlichem Studium. Wenn in dem Sinne Lenins gehandelt werden soll, dann müssen wir die bisherige Gewerkschaftspolitik im Deutschen Bauarbeiterverband weiterführen. (Stürmischer Beifall.)

Vom norwegischen Maurerverband ist folgendes Telegramm eingelaufen: „Wir grüßen Euren Verbandstag und wünschen ihm Glück in seiner Arbeit für den Verband. Hoch lebe der Deutsche Bauarbeiterverband! Hoch lebe unsere gemeinsame Internationale! Wir bitten zu entschuldigen, daß wir keinen Repräsentanten haben senden können. Unsere augenblicklichen Verhältnisse hier machen es uns unmöglich." Die Bekanntgabe des Telegramms erweckt lebhaften Beifall. Damit ist der zweite Sitzungstag beendet.

*

Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen berichten wir in den nächstfolgenden Nummern. Vorwegnehmen wollen wir jedoch noch die Mitteilung, daß der Verbandstag die Vorlage des neuen Reichstarifvertrages mit 178 gegen 157 Stimmen verworfen hat.

Solidarität den kämpfenden Metallarbeitern Süddeutschlands.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund (AfA) veröffentlicht einen Aufruf, in dem er den streikenden Metallarbeitern für ihren zähen Kampfeswillen, ihre aufrechte Haltung und ihre hohe Opferfreudigkeit vollste Bewunderung und Anteilnahme ausspricht. Wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Aufruf der „Grundstein" in seiner Nummer 19 veröffentlichte, fordern auch der AfA-Bund und die ihm angeschlossenen Angestelltenverbände, darunter auch der Polierbund, ihre Mitglieder zu tatfreudiger Solidarität auf. Zu diesem Zweck hat der AfA-Bund Marken zu 5 *M*, für weibliche Mitglieder zu 3 *M* herausgegeben.

So stehen Arbeiter- und Angestelltenverbände in einer Reihe bereit, den Metallarbeitern Süddeutschlands brüderliche Hilfe zu bringen. Wir sind sicher, daß unsere Verbandsmitglieder diesem Rufe, der bekräftigt ist durch den Beschluß unseres Verbandstages, freudig folgen und Mann für Mann den ausgeschriebenen Sonderbeitrag von 5 *M* leisten werden.

Internationaler Gewerkschaftskongreß. (Schluß.)

Der vierte Tag begann mit einem Referat von Mertens, Belgien, über „Die internationale Reaktion, unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes um den Achtstundentag". Mertens bezeichnete die Reaktion als eine Folge des Vormarsches der Arbeiterschaft, darum könne die vom Bureau vorgelegte Entschließung nur dem Augenblick dienen, während es dem Vorstand zu überlassen sei, zu gegebener Zeit alle die Maßnahmen zu treffen, die heute noch nicht ins Auge gefaßt werden können. Die nach Kriegsende den Arbeitern von den Regierungen gemachten Versprechungen werden heute nicht nur sabotiert, sondern das Kapital versucht auch, durch Not und Arbeitslosigkeit die Arbeiter sich wieder gefügig zu machen. Auf diese Absicht der Unternehmer sei teilweise auch die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen. So haben die Unternehmerorganisationen für Kautschuk sowohl wie für Baumwolle eine Einschränkung der Produktion angeordnet, obwohl an beiden Mangel herrscht, und die Produktion von Kautschuk ward so auf 30 %, die von Baumwolle auf 49,3 % der normalen reduziert. Von der durchgreifenden Realisierung des Achtstundentages ist man in einigen Ländern noch weit entfernt, ja in einigen Ländern ereignet es sich, daß gegen den vorher bereits eingeführten Achtstundentag mit dem Moment, da er gesetzlich festgelegt werden sollte, der heftigste Angriff der Unternehmer begann. Und gerade die Regierungen, die stets am lautesten die strikte Anwendung des Versailler Vertrages verlangen, solange es sich um Reparationszahlungen handelt, wollen am wenigsten wissen von der Durchführung des die Arbeiterrechte regelnden Artikels 13 des Vertrages. Demgegenüber sei notwendig die größte Einheit der internationalen Arbeiterbewegung, darum müßten die dem Bunde noch nicht angeschlossenen amerikanischen und russischen Arbeiter gewonnen werden. Wenn diesen der Charakter und die Aktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Kenntnis gebracht würde, so würden sie schon auf den Anschluß drängen.

In der Aussprache bemängelte zunächst Dumoulin, Frankreich, daß man zu viel Vorsicht habe walten lassen. Die Resolution sei ungenügend, weil sie nur allgemeine Formeln enthält. Dumoulin erblickt die Aeußerung der Reaktion hauptsächlich in der Verstärkung der Machtfülle der Autorität. Jetzt ereigne es sich, daß sich die Regierungen, von den monarchistischen und sogenannten demokratischen bis zu der proletarischen Diktatur in Genua die Hände reichen. Die Delegierten dürften sich nicht fühlen als Vertreter verschiedener Nationen, sondern haben alle Fragen als internationaler Kongreß zu behandeln. Darum müßten alle bereit sein, sich auch gegen ihre eigene Regierung zu wenden. Diese Bemerkung gestalte er sich besonders an die deutsche Delegation zu richten. Sonderverträge zwischen einzelnen Nationen seien geeignet, die Reaktion in andern Ländern zu stärken. Der nationale Block im französischen Parlament sei nichts anderes als der Ausdruck schlimmster Reaktion, die nicht gestärkt werden dürfe. Die Einheitsfront ist im Internationalen Gewerkschaftsbund verwirklicht. Wenn von den politischen Parteien in Berlin Bemühungen zur Herstellung der Einheitsfront unternommen wurden, so verurteilen wir diese nicht, sondern begrüßen den Versuch, dadurch unsere eigenen Bemühungen gegen die Reaktion zu unterstützen; aber diese Einheitsfront muß getragen sein von der Loyalität aller Beteiligten.

Smillie, England, ist ebenfalls erstaunt über die milde Fassung der Entschließung. Er wünscht insbesondere Streichung der letzten Paragraphen, besagend, daß der Kampf allein durch die gewerkschaftlichen Organisationen zu gutem Ende geführt werden könne; denn mit der Gewerkschafts- müsse die politische Bewegung Hand in Hand gehen. Ebenso glaube er nicht an die Phrase der „Sicherung eines dauernden Friedens". Diesen könne es nicht geben, solange der Kapitalismus bestehe, sondern erst dann, wenn die Arbeiter die politische Macht erobert haben.

Klein, Tschechoslowakei, und Rothenstein, Ungarn, schildern die Verhältnisse in ihren Ländern. Ebenso Danoff, Bulgarien. Galli, Italien, zeigt, daß die Reaktion in Italien in den schärfsten Formen vorgehe und zum direkten Bürgerkrieg geworden sei.

In einer kurzen Erwiderung erklärte Mertens, daß die vorgelegte Entschließung nur als Unterlage zur Debatte der auch vom Bureau gewünschten Kommissionsberatung dienen sollte und darum mit Absicht allgemein gehalten war. Den Abänderungsanträgen Smillies stimme er zu.

Inzwischen ist Albert Thomas vom Internationalen Arbeitsamt angekommen. Als ihm der Vorsitzende das Wort erteilt, erhebt sich der französische Delegierte Bourderon, um dagegen Protest zu erheben, daß Thomas das Wort erhält, da er sonst den Kongreß verlasse, was er auch tut, nachdem Thomas seine Ansprache beginnt. Thomas schildert die Beziehungen zwischen Arbeitsamt und Internationalem Gewerkschaftsbund, die solche vollständiger Unabhängigkeit des einen vom andern seien. Indessen habe das Arbeitsamt nur die Macht, über die die Arbeiterorganisationen in den einzelnen Ländern verfügen. Er skizziert kurz die Aufgaben des Arbeitsamtes und erklärt, wenn etwa die Reaktion weiter erstarken und sich lossagen würde von der im Friedensvertrag beschlossenen Arbeitscharte, dann müßte die Arbeiterschaft den Regierenden zurufen, daß dies Texte seien, für die sie ihr Wort verpfändet. Er schließt mit der Versicherung engster Kampfgemeinschaft des Arbeitsamtes mit der internationalen Arbeiterbewegung.

Sodann ergreift Edo Fimmen das Wort zu seinem Referat über „Abrüstung und Kampf gegen den Krieg". Er weist auf das bisher von der Gewerkschaftsinternationale gegen den Krieg Unternommene hin, das beweise, daß es nicht bei Worten sein Bewenden haben solle. Der Internationale Gewerkschaftsbund habe sich in den letzten Jahren als einzige revolutionäre Macht erwiesen, die wirksam in Wort und Tat Militarismus und Krieg bekämpft. Das sei insbesondere geschehen auf der im November vorigen Jahres in Amsterdam stattgefundenen Konferenz der Transport-, Metall- und Bergarbeiter, die ein provisorisches Komitee, bestehend aus Vertretern des Bundesvorstandes und der Internationalen Berufssekretariate, zur Vorbereitung von Vorschlägen für den jetzigen internationalen Gewerkschaftskongreß eingesetzt habe. Das Ergebnis deren Arbeit liege in Form einer Entschließung und 2 Manifesten, wovon eines an die Arbeiter aller Länder, das andere besonders an die Frauen gerichtet ist, vor. An Hand eingehenden Zahlenmaterials schildert Fimmen die ungeheuren Opfer des Krieges. Aber trotz dieser Erfahrungen ist die Menschheit wieder von der Gefahr eines neuen Krieges bedroht. In Amerika ist ein neues Gift entdeckt, das so tödlich wirkt, daß 3 Tropfen davon auf die Haut eines Menschen genügen, um ihn zu töten. Ein Flugzeug, das 3000 Kilogramm dieses Giftes mitnehme, würde in einer Ausdehnung von 2 englischen Meilen und einer Breite von mehr als 30 Metern jedes Lebewesen töten. Der Chef des Generalstabes habe ein Buch geschrieben, in dem er sagt, daß in einem künftigen Kriege die Zahl der Mannschaften kleiner sein werde, um so größer jedoch die Macht der Technik. Hervorgehoben werden muß, daß diese Kampfesweise sich gegen die Zivilbevölkerung richtet, um sie zu zwingen, sich den Forderungen des Angreifers zu unterwerfen. Die Aussichten auf einen neuen Krieg sind fürchterlicher als alles Dagewesene. Nur eine Macht der Welt hat, wenn sie den Willen hat, auch die Macht, ihn zu verhindern: die internationale Arbeiterschaft. Möge darum dieser Kongreß sich seiner hohen Aufgabe bewußt und gewachsen zeigen.

In die Aussprache über das Fimmensche Referat wird am fünften Tage eingetreten, in der zunächst Brodecky, Tschechoslowakei, das Wort ergreift, auf die gänzliche Versklavung hinweisend, die ein neuer Krieg der Arbeiterschaft bringen müsse. Die Fachorganisationen hätten darum alles aufzubieten, um den Generalstreik, der durch den Sozialpatriotismus in Verruf gekommen sei, als höchste Pflicht des Proletariats im Kampf gegen den Krieg zur allgemeinen Erkenntnis werden zu lassen. Roina, Italien, weist an Hand eingehender Daten das ungeheure Steigen der Kriegsausgaben in allen Ländern nach. Thorn, England, teilt mit, daß die englischen Gewerkschaften im November vorigen Jahres beschlossen haben, den Internationalen Gewerkschaftsbund aufzufordern, eine Konferenz über die Frage der Abrüstung und des Generalstreiks im Kriegsfall einzuberufen, zu der auch Japan, Rußland und Amerika eingeladen werden. Solle die Entwaffnung wirklich durchgeführt werden, dann müßten diese 3 Länder an den Beratungen teilnehmen. Er weist auf die neue, bereits angekündigte Militärvorlage im englischen Parlament und die Notwendigkeit der Bekämpfung aller Militärausgaben durch die Arbeitervertreter in den Parlamenten hin. Ilg, Schweiz, wünscht im Auftrage des Vorstandes des Internationalen Metallarbeiterbundes eine noch konkretere Fassung der Entschließung. Er fordert, daß sofort anschließend an den Kongreß in den Landesorganisationen ein Kongreßbeschluß oder eine Urabstimmung herbeigeführt wird, wonach die Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes als verbindlich anerkannt werden. Außerdem sollen die Landesorganisationen überall die Kontrolle über Waffen- und Kriegsfabrikation durchführen und die Produktion möglichst auf ein Minimum für Zivilgebrauch reduzieren. Man müsse sich damit befassen, wie der Streikbeschluß praktisch durchgeführt werden könne. Dabei müsse den Schwierigkeiten und der Möglichkeit von Repressalien ins Auge geschaut werden.

Dißmann, Deutschland, bezeichnet den Militarismus als eines der wichtigsten Herrschaftsinstrumente der herrschenden Klasse, die überall zur Offensive übergegangen sei. Das Proletariat müsse aus der Verteidigung heraus und zur größten Aktivität übergehen. Verfehlt sei, wenn die Arbeiter irgendeines Landes ihre Hoffnung auf die Differenzen innerhalb der kapitalistischen Staaten setzen. Geschlossen haben wir die Arbeiterschaft zu sammeln im Kampfe gegen den Krieg. Der Kampf muß ein grundsätzlicher sein. Es erhebt sich die Frage: Was wird aus den proletarischen Schichten, die bisher als Rüstungsarbeiter beschäftigt waren? In Deutschland waren vor dem Kriege Hunderttausende in der Rüstungsindustrie beschäftigt, gegenwärtig werden für den Bedarf von Heer und Polizei und die dafür notwendigen Maschinen sowie die Ausfuhr nach dem Auslande insgesamt noch rund 10 000 Metallarbeiter beschäftigt. Die Werften beschäftigten vor dem Kriege für den Bau von Kriegsschiffen etwa 35 000 Arbeiter, heute noch rund 2000. Die deutsche Arbeiterschaft ist bereit, im Kampf gegen den Militarismus ihre Schuldigkeit zu tun, und hofft auf das gleiche in den andern Ländern. Sie wird auch darauf achten, daß jeder Versuch erneuter Kriegsrüstung unter-

bleibt. Jetzt hilft kein Lippenbekenntnis mehr, kommt die Kriegsgefahr, so muß der geistige Umstellungsprozeß schon getan sein. Im Falle akuter Kriegsgefahr muß in wenig Stunden die ganze Aktivität entfaltet werden. Darum muß die Arbeiterschaft jedes Landes wissen, daß ihr die der andern Länder zur Seite steht. Kommt es zum geschlossenen Handeln, dann werden wir auch die Sozialisten aller Länder auf unsere Seite bekommen. So habe sich bereits die Frankfurter Fünfländerkonferenz die Amsterdamer Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu eigen gemacht. Und wie die zweite und die Wiener Internationale müsse auch die kommunistische Internationale den Kampf gemeinsam mit aufnehmen. Rechtfertigen wir das Vertrauen des internationalen Proletariats.

Williams, England, bittet im Namen der Transportarbeiterinternationale um Annahme der Entschließung und der Manifeste. Man müsse sich der beim letzten Kriegsausbruch gemachten Erfahrungen erinnern und sich darum der Grenzen bewußt sein wie der Gefahr, daß der Nationalismus wieder überhand nehme. Es müsse dem entgegengetreten werden, daß künftig die russische Bewaffnung noch als Vorwand der Aufrüstung in andern Ländern genommen werde; denn in Genua habe Tschitscherin sich gegenüber Aeußerungen Barthous ausdrücklich bereit erklärt, die Frage der vollständigen Abrüstung zu diskutieren. Wenn wir fest entschlossen seien, gegen den Krieg vorzugehen, dann werde es gelingen, alle Lloyd Georges, Poincarés usw. zu besiegen. Thomas, England: Die tatsächliche Bedeutung der vom Kongreß zu fassenden Entschließung liege weniger bei den Delegierten, als an dem Willen der Massen, die sie vertreten. Nicht eine allgemeine Generalstreikparole könne den Krieg verhindern, wenn nicht die Gewerkschaftsbewegung eines Landes stark genug sei, ihren Einfluß direkt geltend zu machen.

Im Schlußwort erklärte sich Fimmen mit den in der Entschließung Ilg enthaltenen Richtlinien einverstanden, bittet um sofortige Annahme der beiden Manifeste und Ueberweisung der Entschließung an eine Kommission.

Die beiden Manifeste werden darauf einstimmig angenommen. Sodann wird die unterbrochene Aussprache über den Anschluß des Arbeiterinnenbundes wieder aufgenommen. Nachdem sich Shaw, England, scharf gegen und Marion Philips, England, dafür ausgesprochen, erklärt das Bureau, seinen Antrag zurückzuziehen, und es gelangt statt dessen eine Entschließung zur Annahme.

Schließlich wurde noch eine Gruppierung der Länder für die Wahl in den Vorstand beschlossen, wobei Deutschland gleich England, Frankreich und Italien allein sowohl Vertreter wie Stellvertreter zu entsenden hat. Der sechste Tag begann mit der Vornahme der Wahlen. Oudegeest schlug vor, auch einen deutschen Kollegen mit in das Bureau zu wählen. Daraufhin wurde das alte Bureau wiedergewählt und außerdem als Vertreter Deutschlands Leipart. In den Vorstand wurden von deutscher Seite Graßmann und als dessen Stellvertreter Aufhäuser, von Frankreich Dumoulin und als dessen Stellvertreter Merrheim gewählt. Fimmen und Oudegeest wurden als Sekretäre bestätigt.

Inzwischen hatte die zur Ausarbeitung der Entschließung über „Reaktion und Achtstundentag" eingesetzte Kommission ihre Arbeiten, an denen von deutscher Seite Aufhäuser mitwirkte, beendet. In ihrem Namen berichtete Mertens und legte die abgeänderte Entschließung vor, die gegen Militärdiktatur, Ermordung von Arbeiterführern, gerichtliche Willkür Protest erhebt, an alle Hand- und Kopfarbeiter der Welt, besonders auch die Rußlands, Amerikas und die des fernen Ostens appelliert, unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit durch die Schaffung einer einzigen Organisation des Weltproletariats die Einheitsfront zu verwirklichen und jede Landeszentrale auffordert, das Bureau ständig über die Lage in ihrem Lande auf dem laufenden zu halten.

Nach einstimmiger Annahme dieser Entschließung konnte Fimmen den Bericht der zur Frage des Kampfes gegen den Krieg eingesetzten Kommission, in die von deutscher Seite Dißmann entsandt war, erteilen. Die Kommission habe sich verhältnismäßig rasch verständigt und sich dabei die Auffassung des Kongresses zu eigen gemacht, daß das einzusetzende Komitee ausschließlich ein Komitee der Vorbereitung, des Stadiums und der Propaganda sein solle, während die Exekutive ausschließlich beim Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes und den angeschlossenen Landeszentralen liegt. Die Kommission habe ferner dem Antrage des Internationalen Metallarbeiterbundes in der Entschließung Rechnung getragen, sich freuend, daß die Arbeiter der Metallindustrie bereit sind, diese wichtige Aufgabe zu erfüllen. Er hoffe, daß überall nicht nur der Haß gegen den Krieg entfacht, sondern auch die Ueberzeugung lebendig werde, daß es Pflicht aller Berufstätigen sei, sich einzusetzen für das höchste Ziel des Proletariats und der Menschheit.

In der darauf einstimmig angenommenen Entschließung wurde der Kampf gegen Krieg und Militarismus als eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet, die Organisationen zur Bekämpfung des politischen und wirtschaftlichen Nationalismus, den Abschluß und die Beibehaltung von Bündnissen und Vereinbarungen, die zu kriegerischen Konflikten führen können, aufgefordert, die früher bereits gefaßten Entschließungen bestätigt und beschlossen, den tatsächlichen Kriegsausbruch durch Durchführung des internationalen Generalstreiks zu verhindern. Ferner wird die Kontrolle der Kriegsproduktion und ihre Einschränkung auf das Minimum für den Zivilgebrauch verlangt, das in Amsterdam bereits eingesetzte, aus dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes und den Vertretern der 3 Berufssekretariate gebildete Komitee zur Vorbereitung der in der Resolution beschlossenen Aktion als permanent erklärt.

Nach Annahme dieser Entschließung führte der Vorsitzende Thomas aus: Die für die Arbeiter wichtigste Frage sei in dieser Entschließung behandelt, da die mangelnde Festigkeit der heutigen Verhältnisse allen offenbar geworden. Die Diskussionen in Genua sollten der Gewerkschaftsbewegung zeigen, daß sie nun auch mit aller Kraft bemüht sein müsse, die Entschließung in die Praxis umzusetzen. Er hoffe, daß, wenn wir uns auf dem nächsten Kongreß wiederum versammeln, es der Kraft der Arbeiterbewegung gelungen sei, den Krieg unmöglich zu machen.

Von dem Norweger Ole Lian traf ein Schreiben ein, in dem er bedauert, daß er den Kongreß vorzeitig habe verlassen müssen, um als Vertreter seiner Regierung nach Genua zurückzukehren. Er habe diesem Kongreß, nachdem vom Vorstand seiner Landeszentrale der Anschluß an Moskau vorgeschlagen sei, nur als Zuhörer beigewohnt und danke für die kameradschaftliche Aufnahme. Im übrigen bedauert er, daß die Russen nicht zur Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Genua eingeladen gewesen seien. Gegenüber letzterer Bemerkung teilt Fimmen mit, daß an der Nichtanwesenheit der Russen auf der Genueser Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes letztere keinerlei Schuld treffe. Es sei dort beschlossen worden, über die Zulassung Stellung zu nehmen, sobald ein entsprechender Antrag der Russen vorliege. Trotzdem die Stellung eines solchen Antrages durch Ole Lian anheimgegeben wurde, sei ein solcher nicht eingelaufen. Schließlich wird noch ein eingelaufenes Telegramm des Moskauer Vertreters des Internationalen Gewerkschaftsbundes, O'Grady, bekanntgegeben, das die Verhältnisse in Rußland als unsagbar elend schildert und um weitere tatkräftige Unterstützung der Hungernden durch den Internationalen Gewerkschaftsbund bittet.

Als Tagungsort des nächsten Kongresses wurde Wien bestimmt.

Jouhaux, Frankreich, wies auf den Uebelstand hin, daß Hunderttausende in Frankreich eingewanderter ausländischer Arbeiter nicht in die Organisation eintreten, und wünschte in dieser Richtung bindende Abmachungen zwischen den Landeszentralen.

Merrheim, Frankreich, nahm zu einem Protest gegen das Verhalten der russischen Regierung das Wort, da trotz der auf der Berliner Internationalen Konferenz von den Russen gegebenen Zusicherungen die inhaftierten Sozialrevolutionäre nun doch mit dem Tode bedroht seien. Als Protest gegen die Vergewaltigung durch die Bolschewisten verlassen die Arbeiter die Reihen der russischen Gewerkschaften.

Damit ist die Tagung an den Abschluß ihrer Arbeiten gelangt. Der Vorsitzende dankte den italienischen Genossen im Namen des Kongresses herzlichst für die gute Organisierung des Kongresses und die kameradschaftliche Aufnahme aller Delegierten. Unter dem Gesang der Internationale trennten sich die Delegierten, um die Arbeit in ihren Ländern aufzunehmen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Feststellungsergebnis vom 24. April.

Entsprechend der vorgeschrittenen Jahreszeit ist die Arbeitslosigkeit weiter stark zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen sank von 20 350 am 27. März auf 8037, im Verhältnis zum Mitgliederhundert von 4,35 auf **1,62**. Mit Ausnahme des Bezirks Hamburg, wo die Zahl der Arbeitslosen von 226 auf 280 gestiegen ist, sind sämtliche Bezirke an der Abnahme beteiligt. Sie ist bei den Bauhilfsarbeitern etwas stärker als bei den Maurern. Trotzdem hat diese Berufsgruppe noch immer die größte Arbeitslosenzahl mit 3597. Die größte Arbeitslosigkeit hat immer noch der Bezirk Königsberg mit 21,1 vom Mitgliederhundert. Ihm folgt Leipzig mit 2,8. Die geringste Arbeitslosigkeit haben die Bezirke Magdeburg mit 0,06 und Dortmund mit 0,07 vom Mitgliederhundert. Ueber den Reichsdurchschnitt haben nur Königsberg, Leipzig und Bremen. In sämtlichen andern Bezirken ist die Verhältniszahl kleiner als die Reichsdurchschnittszahl.

Bezirk	Zahl der Vereine		In den berichtenden Vereinen								
				waren am Feststellungstage arbeitslos							
	insgesamt	davon haben berichtet	berung die Mitgliederzahl am Wochenschlusse	Maurer	Hilfsarbeiter	Betongruppe	Stuckgruppe	Fliesenleger	Isolierer	Erdarbeiter	Insgesamt
Königsberg	16	16	17030	1453	1253	12	7	—	—	865	3590
Danzig ...	1	1	2839	—	6	—	—	—	—	13	19
Stettin ...	88	88	12323	1	4	—	—	—	—	4	10
Breslau ..	46	46	37686	123	221	—	—	2	—	123	469
Berlin....	71	71	47223	4	113	—	9	—	—	7	133
Magdeburg	56	56	29460	2	11	—	—	—	—	5	18
Erfurt....	48	48	17236	34	38	—	—	—	—	20	92
Frankfurt..	17	17	35203	33	281	—	3	1	—	138	457
Köln	15	15	35416	16	190	9	9	5	2	1	115	347
Dortmund.	16	16	35546	—	13	—	2	—	—	—	10	25
Hannover .	48	48	24123	—	17	—	—	—	—	—	22	39
Bremen...	28	28	13561	51	174	—	—	—	—	1	46	272
Hamburg..	76	75	26082	11	163	22	—	—	—	—	84	280
Rostock....	59	54	6528	8	31	—	—	—	—	—	4	43
Dresden ..	15	15	23441	23	120	1	—	—	—	—	26	170
Leipzig....	62	62	35644	169	268	16	3	—	—	—	557	1013
Nürnberg .	23	19	16952	10	144	—	—	—	—	—	86	240
München..	31	31	29451	6	128	3	—	—	—	—	67	204
Stuttgart .	20	20	19224	34	343	1	8	1	—	—	87	474
Karlsruhe .	12	12	29026	6	79	—	6	1	—	—	50	142
Zusammen	752	738	493994	1984	3597	64	47	10	2	4	2329	8037

Der nächste Zähltag ist Montag, 29. Mai. Wir weisen nochmals darauf hin, daß es dringend notwendig ist, in allen Vereinen die Zahl der an diesem Tage arbeitslosen Mitglieder festzustellen. Die Ergebnisse sind von den Vereinsvorständen auf den dafür gelieferten Karten sofort an ihre Bezirksleitungen einzusenden. Kein Verein darf fehlen!

Arbeitsmarkt.

Den Baugeschäften zur Beachtung. Wer durch Anzeige unter dieser Rubrik Bauarbeiter anwerben will, lasse die Anzeige durch die Hände unserer örtlichen Vereinsleitung gehen. Anzeigen werden nur mit deren Zustimmung und dann unentgeltlich aufgenommen.

*

In **Bitterfeld** stellt die Firma P. Holzmann sofort noch 60 Maurer ein, Stundenlohn 24 M. Unentgeltliche Unterkunft ist vorhanden. Reise wird vergütet. Akkord- und Prämienarbeit ist nicht zulässig. Meldungen im Verbandsbureau, Bitterfeld, Steinstr. 3, part.

Der Maurermeister Klein in **Dramburg**, Große Wollweberstr. 34, stellt noch 5 oder 6 Maurergesellen für Landarbeit ein bei voller Verpflegung. Der Stundenlohn beträgt 18,50 M.

Marmorschleifer und Einleger auf Kunstmarmor gesucht zum sofortigen Eintritt. Angebote an Marmorwerk **Durlach i. Baden**, Grötzinger Straße 1, A. Ganter.

Einen tüchtigen Eisenbetonpolier mit reichen praktischen Erfahrungen, insbesondere in Eisenbetondecken und wasserdichten Behältern, sucht für sofort die Bauleitung der Firma Vereinigte Aluminium-Werke A.-G., **Lautawerk, Lausitz.** Angebote mit Gehaltsansprüchen sind an die Firma zu richten.

Für eine große Baustelle in der Nähe von **Zeitz** sucht die Firma Louis Fraas & Co., **Gera-R.**, Spezialgeschäft für Schornsteinbau und Kesseleinmauerungen, sofort Maurer.

Das Stuckgeschäft Lüning & Sohn in **Bremen**, Lüneburger Straße 32, sucht für sofort 6 bis 8 Stukkateure oder Maurer für Fassadenputz, Stundenlohn 29 M.

Berichte.

Frau Ida Kolaß †.

Aus Barmen-Elberfeld kommt die ebenso überraschende wie traurige Nachricht, daß am 2. Mai in Vohwinkel Frau Ida Kolaß, die arbeits- und kampfesfreudige Lebensgefährtin unseres ehemaligen Angestellten in Bonn, Kollegen Karl Kolaß, gestorben ist. Wir haben bis jetzt kaum Gelegenheit gehabt, Frauen von Verbandsmitgliedern im „Grundstein" Nachrufe zu widmen. Im vorliegenden Falle halten wir dies für eine Ehrenpflicht. Frau Ida Kolaß hatte schon, bevor sie mit ihrem Manne nach Bonn kam, viel in und für die Arbeiterbewegung gewirkt. In Bonn setzte sie diese Arbeit mit verstärktem Eifer fort. Als während des Krieges Kollege Kolaß eingezogen wurde und unser Verein ohne Geschäftsführer war, ergriff Ida Kolaß mit sicherer Hand das Steuer des Vereins, das von ihr in hervorragender Weise geführt und verwaltet wurde. Viele Frauen haben damals an Stelle unserer eingezogenen Kollegen als Hauskassiererinnen und als Vereinsverwalterinnen die Geschäfte unserer Vereine mit geführt und damit dem Verbande in schwerer Zeit hervorragende Dienste geleistet; aber wohl keine hat in dieser Beziehung mehr getan als Frau Ida Kolaß. Später ist Frau Kolaß mit ihrem Manne nach Vohwinkel übergesiedelt, wo sie ebenfalls Hervorragendes für die Arbeiterbewegung geleistet hat. Dort hat nun die noch junge Kämpferin der Tod überrascht. Was von ihr sterblich war, haben weit über 1000 Gleichgesinnte am 5. Mai zu Grabe geleitet. Unser Verband wird der tapferen Streiterin ein ehrendes Andenken bewahren.

*

Annaberg. Wie dem vom Geschäftsführer der Generalversammlung am 30. April über das erste Quartal erstatteten Geschäftsbericht zu entnehmen ist, ward Arbeitslosigkeit dort zu einem Dauerzustand. In der Vorkriegszeit fanden alle unsere Mitglieder doch wenigstens in den Sommermonaten Arbeit, und zwar 10 Stunden täglich. Seit 2 Jahren gibt es dagegen auch im Hochsommer bei achtstündiger Arbeitszeit ständig Erwerbslose. Allgemein herrscht Mangel an Maurern, aber nicht im Bereiche des Vereins Annaberg. Hunderte müssen im Frühjahr und Herbst ihr Brot auswärts suchen, aber so schlimm, wie in diesem Quartal, war es noch nie. In den 3 Monaten meldeten sich 1295 Mitglieder zusammen für 61 378 Tage erwerbslos. Und dabei herrscht größte Wohnungsnot. Wieviel Wohnungen hätten in der Zeit hergestellt werden können, wenn die Gesetzgebung dafür sorgte, daß im Baugewerbe nach einem bestimmten Plan gearbeitet würde. Die Notstandsarbeiten, die vielen Mitgliedern Beschäftigung boten, gehen zu Ende. Andere stehen noch nicht in Aussicht. Die Notstandsarbeiten brachten viele Streitfälle mit sich, besonders der Grabenbau in Mittelschmiedeberg, wo die Arbeiter meist nicht einmal den vorgeschriebenen Mindestlohn erhielten. Viele gerichtliche Klagen sind die Folge davon. Für den Sommer bietet die Bautätigkeit trübe Aussichten. Mißliche Verkehrsverhältnisse verhindern, daß Groß- und Schwerindustrie sich ansiedeln. Die heimische Industrie stockt und bringt deshalb wenig oder keine Bauaufträge. Die fehlenden Baukostenzuschüsse machen es Privaten unmöglich, Wohnungen zu errichten. Und dabei herrscht Wohnungsnot, auch Wohnungselend im größten Ausmaß. Der Verein hat 1554 Mitglieder, davon sind 688 Maurer, 446 Hilfsarbeiter, 382 Erdarbeiter, 13 Poliere, 4 Schachtmeister, 21 Zementarbeiter und 15 Jugendliche. Nur 39 Mitglieder sind neu eingetreten und 39 sind zugereist; abgereist dagegen 40. 46 Mitglieder waren am Quartalsschluß mit ihren Beiträgen im Rückstande. Jedes Mitglied leistete im Durchschnitt 5½ Beiträge und erhielt 6 Freimarken. Auswärts Beschäftigte leisteten in ihrem Arbeitsort die restlichen 1½ Beiträge. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 72 604,10 M und eine Ausgabe von 124 853,90 M, sie leistete somit einen Zuschuß von 52 249,80 M. Aus Mitteln der Hauptkasse sind ausgegeben für Erwerbslosenunterstützung 118 707,10 M, für Krankenunterstützung 4408,20 M und für Sterbefallsunterstützung 1612 M. Die Vereinskasse hatte mit dem Kassenbestand eine Einnahme von 84 807,05 M und eine Ausgabe von 51 862,53 M. Die Rechnung wurde für richtig befunden und die Verwaltung entlastet.

Coblenz. In der am 30. April abgehaltenen Generalversammlung berichtete Kollege Struth, daß fast alle Zahlstellen im 2. Quartal zweimal Lohnerhöhung erhalten haben, nämlich Coblenz, Neuwied, Andernach, Boppard, St. Goar, Oberwesel, Bacharach, Braubach und an der Bahnbaustrecke Treis—Pommern—Brüttig. In Mayen wurden die Löhne viermal und in Höhr-Grenzhausen dreimal erhöht. Das ging freilich nicht immer so glatt, wie man eigentlich hätte erwarten sollen; denn die Bauunternehmer besitzen noch nicht alle so viel soziales Einsehen, den Arbeiter und Handwerker soviel verdienen zu lassen, daß er anständig leben kann. Mehrere Male mußte der amtliche Schlichtungsausschuß angerufen werden. Der vom Kollegen Möckel erstattete Kassenbericht ergab als Einnahme für die Hauptkasse 225 517,20 M. Ausgegeben sind für Streikunterstützung 11 394,20 M, für Arbeitslosenunterstützung

70 602,60 *M*, für Krankenunterstützung 32 123,60 *M*, für Sterbefallunterstützung 1772 *M*; insgesamt 115 892,40 *M*, so daß der Hauptkasse 109 624,80 *M* zugesandt werden konnten. Für die Vereinskasse betrug die Einnahme mit dem Bestand 195 216,45 *M* und die Ausgabe 87 172,70 *M*, so daß ihr ein Bestand von 108 043,75 *M* verblieb. Obwohl die Arbeitslosigkeit infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse ungewöhnlich groß war, ist der Bestand der Vereinskasse um rund 5000 *M* gestiegen. Ein Zeichen für ein gesundes Vereinsleben. Der Kassierer erhielt einstimmig Entlastung erteilt. Nach eingehender Beratung über die Einführung von Vertreterversammlungen wurde beschlossen, daß jede Zahlstelle bis zu 100 Mitgliedern einen Vertreter und für jedes weitere Hundert einen Vertreter mehr entsenden soll. In einem Vortrage über Lohnpolitik hob Kollege Fröhlich aus Köln hervor, daß alle bisherigen Erfolge nur durch die Geschlossenheit des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu erreichen waren. Es ist notwendig, diese Geschlossenheit zu wahren und zu stärken. Jeder Kollege sei ein Agitator und führe unserm Verbande neue Mitglieder zu! Nur Einigkeit führt zur Befreiung vom Joche des Kapitalismus.

Dresden. (Vierteljahresbericht.) Der Geschäftsbericht vom 1. Quartal ist nicht günstig. Die Arbeitslosigkeit war nie so groß als in diesem Winter. 47 v. H. der Mitgliedschaft waren arbeitslos. Arbeitslosenunterstützung wurde im Quartal an 3793 Kollegen gezahlt, die zusammen 730 634,30 *M* bekamen. Krankenunterstützung wurde an 813 Kollegen gezahlt; diese betrug 149 924,50 *M*. Der Lokalkassenbestand ist gegenwärtig 369 023,83 *M*. Am Quartalsschlusse hatten wir 10 716 Mitglieder, davon sind Maurer 4714, Hilfsarbeiter 5224, Poliere 132, Schachtmeister 14, Zementeure 84, Stukkateure 76, Isolierer 55, Fliesenleger 49, Lehrlinge 368. Die Aussichten auf dem Baumarkt sind gegenwärtig befriedigend; darum ist auch ein großer Zustrom aus andern Berufen zum Bau. Infolge zunehmender Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände fanden mehrmals Lohnverhandlungen mit den Unternehmern statt. Bei der ersten Verhandlung am 23. Januar forderten wir Erhöhung des Stundenlohnes um 3 *M*. Die Verhandlung wurde vertagt auf den 6. Februar. Wegen des Eisenbahnerstreiks fanden dann am 17. Februar Lohnverhandlungen statt. Das Ergebnis war ein Schiedsspruch, nach dem für die Zeit vom 16. Februar bis 31. März für alle Lohnklassen gleichmäßig ein Zuschlag von 2,50 *M* für die Stunde festgesetzt wurde. Am 11. März suchte die Lohnkommission wiederum beim Arbeitgeberverband nach, um erneut zu verhandeln. Der Arbeitgeberverband lehnte ab mit der Begründung, daß der Schiedsspruch bis 31. März bindend sei, außerdem würden hier die höchsten Löhne gezahlt im Vergleich zu den an Sachsen anstoßenden Gebieten. Am 30. März fanden dann erneut Verhandlungen statt. Wir forderten 30 *M* Stundenlohn. Das Ergebnis der Verhandlung war, Erhöhung des Stundenlohnes um 4,50 *M*, so daß der Lohn für Maurer 20 *M*, für Hilfsarbeiter 19,55 *M* beträgt. — Die letzte Lohnverhandlung fand am 25. April statt. Die Unternehmer bewilligten nichts. Durch Schiedsspruch wurde der Stundenlohn um 4 *M* erhöht, gleichmäßig in allen Lohnklassen. Dieser Spruch wurde in der Vertreterkonferenz mit 61 Stimmen gegen 9 Stimmen angenommen. In der Vertreterversammlung wurde das Treiben der „kommunistisch" gesinnten Kollegen scharf kritisiert und ihr Verhalten als unwürdig und satzungswidrig bezeichnet; denn sie hätten bei der Abgeordnetenwahl zum Verbandstage eine Wahlbeeinflussung getrieben, die an sich genügend Gründe biete, um die Wahl für ungültig zu erklären. Man habe jedoch von einem Protest Abstand genommen. Gerügt wurde vor allem die schamlose und verlogene Art der Berichterstattung im „Volksblatt für Ostsachsen" durch A. W. Dieser A. W. stritt alle Beschuldigungen ab, eisenstirnig, nach dem Muster der größeren bolschewistischen Vorbilder. — In der Vertreterversammlung wurde auch die Vorlage zu einem neuen Reichstarifvertrage scharf kritisiert. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die am 30. April tagende Vertreterversammlung des Bezirksvereins Dresden ersucht den Verbandstag, den Verbandsvorstand zu beauftragen, sich mit allen Mitteln gegen die Durchbrechung des Achtstundentages zu wehren. Sie beauftragt weiter den Verbandsvorstand, sich für die bisher im Baugewerbe übliche Wochenarbeitszeit einzusetzen. Bei den etwa daraus sich ergebenden Streitigkeiten mit den Unternehmern wird von der Bauarbeiterschaft strengste Disziplin erwartet, um nicht den Unternehmern Beweismittel zu geben dafür, daß Kollegen Befürworter des Einarbeitens von Regenstunden sind." Der Antrag: „Von jedem wöchentlichen Beitrag werden vom 1. Juli an 50 ₰ für den Bauhüttenbetriebsverband abgeführt zur Sozialisierung des Baugewerbes", wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Magdeburg. Die Generalversammlung (Vertretertag) vom 30. April war von 69 Vertretern aus 34 Zahlstellen besucht. Aus dem vom Kollegen Heinemann erstatteten Geschäftsbericht für das erste Quartal war zu entnehmen, daß der lange, harte Winter den Bauarbeitern eine große Erwerbslosigkeit gebrachte hatte. 1498 Kollegen haben für 25 230 Tage Erwerbslosenunterstützung erhalten. Ihr Lohnausfall betrug 2 100 000 *M*. 556 Kollegen erhielten Krankenunterstützung. Oft mußten die Gemeinden, die arbeitslose Bauarbeiter von der staatlichen Erwerbslosenfürsorge auszuschließen versuchten, durch unser Eingreifen veranlaßt werden, die Unterstützung zu zahlen. Die Arbeitsgelegenheit war selbst für Wintermonate noch gut zu nennen. Die Lebenskosten stiegen zu Anfang des Jahres derartig, daß wir schon im Januar Lohnverhandlungen beantragen mußten. Das Bezirkslohnamt fällte einen Schiedsspruch, wonach die Löhne vom 14. Februar an um 25 vom Hundert zu erhöhen waren. Der Tarifvertrag lief am 31. März ab. Die Preissteigerungen hielten weiter an und so mußte wieder ein Ausgleich gesucht werden. Oertliche und bezirkliche Verhandlungen kamen aber nicht zustande. Nachdem die Unternehmer dann für die Provinz eine Arbeitsgemeinschaft gebildet hatten, beschäftigte sich diese am 28. März mit unsern Forderungen. Die daraufhin mit unsern Organisationsvertretern abgeschlossene Vereinbarung lautete auf eine Zulage von 27 vom Hundert oder 4 *M* vom 1. April an. Die Zimmerer lehnten das Angebot ab und traten in den Streik. Bei dieser Bewegung haben die Unternehmer unverantwortlich gehandelt. Die Bewegung erreichte ihren Höhepunkt, als unsere Kollegen auch noch auf die Straße gesetzt wurden. Ungeheurer Schaden ist der Allgemeinheit damit zugefügt worden. Dafür müssen die Unternehmer haftbar gemacht werden können. Der Ausgang der Bewegung war, daß die Stundenlöhne vom 26. April an um 4 *M* erhöht wurden. Das Vereinsleben war in der Berichtszeit sehr rege. Der Kassenbericht ergab als Einnahme für die Hauptkasse 428 428,70 *M*, als Ausgabe 386 046,10 *M*. Die Einnahme für die Vereinskasse betrug 245 399,40 *M*, die Ausgabe 131 793,60 *M*. Es verblieb ihr als Kassenbestand 113 605,80 *M*. Die Mitgliederzahl stieg auf 5504. In der Aussprache wurde eine schärfere Kontrolle der Mitgliedsbücher verlangt, damit die Zahl der verkauften Marken mit der Mitgliederzahl besser im Einklang kommt. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ueber unsere Bewegung sprach Kollege Koch. Der Verbandstag wird ein Markstein für die Bauarbeiterbewegung werden. Er besprach den Entwurf des Reichstarifes und den Baugewerksbund. In der Lohnfrage werden wir Wirtschaftsgebiete erhalten. Kochs Vorschlag, über den Abschluß der Lohnbewegung künftig durch Urabstimmung zu beschließen, wurde angenommen. Als Kassierer wurde Kollege Höding gewählt, als weitere Angestellte Osther und Lange. An der Bauhütte Magdeburg wird sich der Verein mit einem Stammkapital von 40 000 *M* beteiligen. Beschlossen wurde, daß sämtliche arbeitsuchenden Kollegen den Arbeitsnachweis benutzen müssen. Ohne vorher dort gewesen zu sein, darf keiner Arbeit annehmen. In einem neuen Ortstarifvertrag soll dies mit geregelt werden.

Mannheim. (Vierteljahrsbericht.) Die Bautätigkeit war in den letzten Monaten gut, so daß es dauernd an Facharbeitern mangelte. Der Zuzug ist nicht mehr so stark wie früher; denn die Kollegen ziehen lieber nach den Gegenden, wo sie höhere Stundenlöhne bekommen als hier. Man sollte eigentlich annehmen, daß unsere Baugewaltigen und ihr Syndikus daraus die entsprechende Lehre zögen, doch trifft das Gegenteil zu. Bei jeder Lohnverhandlung müssen erst alle Instanzen in Anspruch genommen werden. Diese scharfmacherische Haltung erbittert natürlich unsere Kollegen. Wir haben außer den üblichen Kursen und Vorträgen auch die Vorträge des Kollegen Scheibel gehört. Daß diese aufklärend wirkten und gern gehört wurden, bewies die fortwährend steigende Besucherzahl. Die Mitgliederzahl des Vereins hat um 448 zugenommen, so daß am Quartalsschlusse 9452 Mitglieder vorhanden waren. Für die Hauptkasse wurden 948 087,70 *M* eingenommen und ausgegeben für Krankenunterstützung 135 212,40 *M*, für Arbeitslosenunterstützung 57 867,50 *M*. Das Vereinsvermögen ist ebensohoch wie am Jahresschlusse 1921. In der Generalversammlung wurde die Vorlage zu einem neuen Reichstarifvertrag sehr abfällig kritisiert. Hoffentlich ist über diesen Vertrag noch nicht das letzte Wort gesprochen. Die Unternehmer sind auf allen Gebieten bestrebt, ihre rückschrittlichen Pläne zu verwirklichen. Ihnen durch diese Rechnung einen Strich zu machen, ist die große Aufgabe der Arbeiterschaft für die nächste Zeit.

Nordhausen. (Vierteljahrsbericht.) Unser Bezirksverein hatte am 31. März 680 Mitglieder, am Jahresanfang dagegen 791; mithin ist die Mitgliederzahl um 111 zurückgegangen. Dies beruht größtenteils auf den Wechsel unter den ungelernten Bauarbeitern sowie an den geringeren Beiträgen jener Verbände, denen viele der im Baugewerbe tätigen berufsfremden Arbeiter immer noch angehören. Die Maurer müssen es als ihre Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß die Hilfsarbeiter, mit denen sie zusammen arbeiten und für die unser Verband die Löhne regelt, auch zu unserm Verbande übertreten; das ist nicht mehr als billig. Mit einem Hauptkassenzuschuß von 15 000 *M* hat sich für die Hauptkasse eine Einnahme von 60 224,80 *M* ergeben. Für Rechnung der Hauptkasse wurden ausgegeben für Streikende in andern Berufen 238 *M*, für die Unterstützungskasse des Verbandes 232 *M*, an Arbeitslose 27 310,40 *M*, an Kranke 12 046,80 *M*, an Invalide 390 *M* und in Sterbefällen 490 *M*. 15 000 *M* konnten der Hauptkasse zugesandt werden. Es sind somit noch 4517,60 *M* am Orte verblieben. Die Vereinskasse hatte einschließlich des Bestandes vom vorigen Quartal eine Gesamteinnahme von 19 726,89 *M*. Bei 15 167,27 *M* Ausgabe verblieben ihr als Bestand 4559,62 *M*.

Methylalkoholvergiftungen in Hamburg.

Ein amerikanischer Dampfer bringt eine Ladung Alkohol. Beim Löschen springen einige Fässer. Die Arbeiter fangen mit Eßgeschirren das „kostbare Naß" auf, trinken und vergiften sich. — „Bisher 8 Todesopfer zu beklagen," schreibt die Zeitung.

Es war Holzgeist (Methylalkohol) in den Fässern, das ist ein gefährliches Gift. Aber auch der Weingeist (Aethylalkohol) ist ein gefährliches Gift — jeder Arzt kann das bestätigen —, nur daß er in verdünnter Form, im Schnaps (30 bis 50 %), im Wein (10 bis 20 %), im Bier (3 bis 10 %) nicht lebensgefährlich wirkt.

Nun fragt es sich aber, ob es schlimmer ist, an einer Vergiftung plötzlich zu sterben oder daran körperlich, geistig und sittlich zu entarten! Die 8 Todesopfer erregen die Aufmerksamkeit, die Tausende durch den Suff heruntergekommener Menschen nötigen den meisten nur ein Achselzucken ab! — Man muß eben nicht so viel „genießen".

Genossen! Wacht auf! Fühlt Eure Verantwortung für Euch, Eure Familien, Eure Genossen! Fort mit dem Alkohol! Er gehört nicht in unsere Ernährung, er gehört in die Apotheke und in die Technik. A. F.

Bau-Werkmeister.

Am 2. Mai dieses Jahres wurden in Dresden die Verhandlungen über den Reichstarifvertrag für Poliere und Schachtmeister fortgesetzt. Bei der Vertagung am 8. April betonten die Arbeitgeber, daß am 2. Mai noch für die Poliere und am 3. und 4. Mai für die Schachtmeister verhandelt werden sollte. Wir hofften, nach unsern Vorschlägen, daß es bei diesen Verhandlungen zu endgültigen, greifbaren Ergebnissen führen würde. Leider waren diese Hoffnungen trügerisch, was sich schon gleich zu Beginn der Verhandlungen zeigte.

Die Arbeitgeber waren in verstärkter Zahl erschienen und hatten sich zur Unterstützung noch einen Stab von Syndizi (Rechtsanwälten) mitgebracht, die das bisher Verhandelte einer juristischen Korrektur unterziehen sollten. Dadurch wurden neue Umstände in die Verhandlung getragen, so daß alles wiederholt werden mußte, was in den vorausgegangenen Verhandlungen an Begründungen vorgetragen war. Des weiteren erklärten die Unternehmer am 3. Mai, daß sie keine Zeit mehr hätten, weiter zu verhandeln und um Vertagung ersuchen müßten. Zuvor verlangten sie aber noch, zu den Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Schachtmeister solle der Vertreter des gelben Schachtmeisterbundes zugelassen werden. Dieses Ansinnen lehnten wir ab und erklärten, mit solchen Arbeitnehmervertretern nicht verhandeln zu können. Unserm Verlangen auf Ablehnung dieses Vertreters wurde darauf entsprochen mit der Erklärung, daß die Arbeitgeber beim Vorstand des Arbeitgeberbundes dahin wirken wollen, seinen Antrag, den Schachtmeisterbund als Vertragsteilnehmer anzuerkennen, fallen zu lassen.

Wir mußten uns dann damit abfinden, daß die Verhandlungen auf Dienstag, 23. Mai, nach Berlin vertagt wurden. Erreicht ist bis jetzt eine Grundlage, auf der eine Einigung möglich ist. Sollten die Unternehmer auch weiterhin versuchen, die Verhandlungen zu verschleppen, dann werden die Arbeitnehmerverbände dagegen Front machen müssen. Wir empfehlen unsern Kollegen, sich zu gedulden, bis das Ergebnis der Verhandlungen vom 23. Mai vorliegt. Wir werden es Vereinen und Fachgruppen zusenden, sobald die Verhandlungen beendet sind. H. P.

Die Tagung des Polierbundes.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen des 10. Bundestages, der um die Aprilmitte in Halle tagte, haben wir in Nr. 17 des „Grundstein" berichtet. Bei der Bedeutung, die einem guten Verhältnis zwischen Polieren und Bauarbeitern zukommt, lohnt es sich, einen kleinen Rückblick auf diese Tagung zu werfen. Leider wird sie bei jedem Teilnehmer, dem ehrlich darum zu tun ist, die Lage der Arbeiter und Angestellten zu verbessern, manchen schlechten Eindruck hinterlassen haben. Der Polierbund, der wohl dem Namen nach eine freie Gewerkschaft ist, möchte wohl auch als solche gelten; denn er bemüht sich, alles nachzuahmen, was unsern Verband groß gemacht hat; aber es fehlt ihm der rechte Geist, dies zu verwirklichen. Auf diesem Bundestage war es nicht viel anders als früher. Nicht der gewerkschaftliche Standpunkt, sondern das Standesbewußtsein war die Triebfeder der Beratungen und Beschlüsse. Wie hätte der Bundesvorstand sonst den gelben, unternehmerfreundlichen deutschen Schachtmeisterbund zu Gast laden können, dem er erst wenige Tage vorher, wie unser Vertreter auch, die Tür gewiesen hatte, als er sich bei den Tarifverhandlungen anzubiedern versuchte. Wie es hieß, sollte der Schachtmeisterbund beabsichtigen, sich dem Polierbund anzuschließen. Die Bundesmitglieder mögen darüber entscheiden, ob hier das Wort gelten soll: Gleich und gleich gesellt sich gern. Gegen die Vertreter unserer Verbände war man weniger liebenswürdig. Namentlich wurde der vom Kollegen Peters vertretene Deutsche Bauarbeiterverband nicht als Gast, sondern als Angeklagter behandelt. In dem Geschäftsbericht des Vorstandes und in den Berichten der Bezirksleiter und mehr noch in dem Vortrage über den Baugewerksbund hatte man selbst nebensächliche Vorgänge sozusagen an den Haaren herbeigezerrt, die sich seit dem vorigen Bundestage ereignet haben sollten und im einzelnen gar nicht nachzuprüfen waren, und zwar in kleinlichster Weise zugunsten des Polierbundes zurechtgeschustert, nur um einen Beitritt zu dem Baugewerksbund zu hinterreiben. Wir versagen es uns, die Tonart und all die „schönen" Worte über unsern Verband, über die Kollegen Paeplow und Peters wiederzugeben, um ein besseres Einvernehmen zwischen Bauarbeitern und Polieren nicht noch mehr zu erschweren, als es von jener Seite schon geschieht. Kollege Peters hat dem Bundestage in unzweideutigen Worten zu verstehen gegeben, daß die Poliere des Bundes sich wohl überlegen sollen, ob sie mit oder gegen die Bauarbeiter marschieren wollen. Recht erheiternd wirkte es, wie der Referent, der den Baugewerksbund empfehlen sollte, nur immer dagegen sprach und zum Schlusse den Baugewerksbund empfahl. Die zustimmende Entschließung des 9. Bundestages war natürlich in der Bundesleitung wie im Bunde selbst völlig unbeachtet geblieben. Aber auch diesmal kam der Bundestag, nachdem ein besonderer Ausschuß darüber beraten hatte, über eine Entschließung nicht hinaus, wonach der Polierbund einem Baugewerksbund beitreten will, wenn alle freigewerkschaftlichen Hand- und Kopfarbeiter dafür sind.

In der Aussprache über das Tarifwesen behaupteten fast alle Bundesvertreter, nicht die Bauarbeiter setzten die Grundlage für die Poliere fest, sondern die Poliere allein bestimmten über ihre Löhne. Ja, man ging soweit, zu behaupten, ein Zusammengehen mit den Bauarbeiterverbänden könne nur schädigend für die Poliere sein. Bei der Beratung über den Anschluß an den Afa-Bund kam der alte Standesdünkel zu recht zum Vorschein. Ein Teil der Vertreter dachte allerdings vernünftiger. Besonders widerriet der Vertreter aus Sachsen einer Absonderung von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, bevor die Poliere gesetzlich als Werkmeister anerkannt seien. Hatte man bisher darauf gepocht, daß die Poliere als gehobene Angestellte anzusehen seien, so suchten die meisten Redner bei den Beratungen über die Unterstützungseinrichtungen nachzuweisen, daß die Poliere wirtschaftlich nicht besser gestellt seien als die Arbeiter, daß sie somit als Angestellte nicht in Frage kämen und deshalb weitgehende Unterstützungseinrichtungen nötig hätten. Mögen die Poliere bald zu der Einsicht kommen, daß sie ihre Lebenslage nicht durch ihre kleine Sonderorganisation verbessern können, sondern nur durch eine große, alle Bauleute umfassende Einheitsorganisation, durch den Deutschen Baugewerksbund. H. P.

Isolierer und Steinholzleger.

Am 22. Mai sollen die Verhandlungen für den Reichstarif der Steinholzarbeiter in Berlin stattfinden. Das wurde mit dem Verbande der Steinholzfabrikanten in Leipzig bei Gelegenheit einer Besprechung vereinbart. Diese Besprechung fand statt, um im Leipziger Steinholzlegergewerbe wieder Ruhe zu schaffen. Hier hatten nämlich unsere Kollegen schon vor 4 Wochen den Beschluß gefaßt, ihre Arbeitsstellen zu verlassen und anderweitige Arbeit im Baugewerbe zu übernehmen, da die Unternehmer sich

weigerten, in der Auslösungsfrage die von den Kollegen verlangten Zugeständnisse zu machen. An dieser Besprechung nahm auch der Vertreter des Verbandsvorstandes, Kollege Odenthal, teil. Nach kurzer Verhandlung, in der von uns verlangt wurde, man solle den dreifachen Stundenlohn Leipzigs als Auslösung zahlen (3 × 24,10 M), erklärten sich die Unternehmer bereit, vorläufig den Satz von täglich 70 M zu zahlen, unter der weiteren Zusage, daß die später im Reichstarifvertrag festzulegenden eventuellen höheren Sätze nachgezahlt werden sollten. Das wurde von uns zugestanden unter der Bedingung, daß den Steinholzlegern die Zeit, wo sie in der Branche die Arbeit eingestellt hatten, nicht in der Ferienfrage abgestrichen werden darf.

Das wurde zugestanden, und am 11. Mai traten die Kollegen wieder in ihre alten Stellen ein.

Fliesenleger.

Aus **Königsberg i. Pr.** wird uns mitgeteilt, daß die Fliesenleger in der Provinz Ostpreußen seit dem 8. Mai wegen Lohnstreitigkeiten im Streik stehen. Vor Arbeitsannahme nach Ostpreußen wird gewarnt, da der Zuzug gesperrt ist.

Vom Bau.

Grünberg. Auf einer Baustelle der Industriebau-A.-G. Breslau, die hier für die Deutsche Wollwarenmanufaktur größere Industriebauten ausführt, ereignete sich am 2. Mai ein Unfall, der leider einem Kollegen das Leben kostete. Dieser, mit andern Kollegen in der Nähe des Fahrstuhls beim Rüsten beschäftigt, kam dem Fahrstuhl zu nahe. Er wurde von ihm erfaßt und erlitt dabei erhebliche Verletzungen und Quetschungen. Ein Kollege, der den Unfall bemerkt hatte, eilte zu Hilfe und rief dem Fahrstuhlführer zu, den Fahrstuhl wieder in die Höhe zu ziehen. Es gelang ihm aber nicht, den bedauernswerten Kollegen zu erfassen, sondern dieser stürzte aus einer Höhe von 15 m in den Fahrstuhl hinab. In hoffnungslosem Zustande wurde er von der Baustelle geschafft. Die Untersuchung wird ergeben, wem die Schuld an dem Unglücksfall zuzuschreiben ist. Die Kollegen können nicht dringend genug gewarnt werden, mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben vorsichtiger umzugehen. Die sich in letzter Zeit häufenden Unfälle, die Einstürze von Neubauten in der Stadt und auf dem Lande, die leider nicht immer den zustehenden Behörden zur Kenntnis gelangen, müßten unsern Kollegen Veranlassung geben, nicht zu ruhen, bis unsere alte Forderung, die Anstellung von Bautenkontrolleuren aus Arbeiterkreisen, erfüllt ist. Alle Bemühungen der hiesigen Bauarbeiterschaft sind bisher von den Behörden aus finanziellen Gründen abgelehnt worden, trotz der im Kreise reichlich vorhandenen Bautätigkeit. Für den Schutz der Bauarbeiter fehlen die Mittel, an andern Stellen vergeudet man sie.

Kreuzburg. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am 27. April auf der Baustelle in Bischdorf bei Pitschen, dem leider ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Der Bauer Steinberg in Bischdorf ließ durch den Unternehmer Römer aus Pitschen Abbruchsarbeiten ausführen. Dabei hatte man eine 2,50 m hohe Giebelwand etwa 13 cm tief untergraben, als die Wand umfiel und den Bauherrn Steinberg, seine Frau und seine achtjährige Tochter, die sich in der Nähe der Wand befanden, verletzte, und zwar die kleine Tochter so schwer, daß sie nach 10 Minuten starb. Wen die Schuld trifft, soll die eingeleitete Untersuchung ergeben. — Bei demselben Unternehmer stürzte am 6. Mai auf dem Neubau in Jaschkowitz bei Pitschen eine 30 qm große Betondecke ein, weil man die Steifhölzer zu früh entfernt hatte. Der dabei beschäftigte Maurer fand in einer Ecke Schutz vor dem Schlimmsten. Auch waren in dem Raume Scheidewände für Schweinebuchten hochgemauert, die die einstürzende Decke zum Teil auffingen. Dennoch hat der Maurer schwere Armverletzungen erlitten und mußte ärztlicher Behandlung zugeführt werden.

Gewerkschaftliches.

Fritz Bruns, der Hauptkassierer des Fabrikarbeiterverbandes, ist nach einem arbeitsreichen, im Dienste der Arbeiterbewegung vollbrachten Leben im 65. Lebensjahre in Hannover gestorben. Seit 1900 hat er die Kassengeschäfte seines Verbandes mit Fleiß und Treue geführt. Die Fabrikarbeiter verlieren durch sein Hinscheiden einen erprobten Führer, der auf seinem Posten gutes für die gesamte Arbeiterbewegung geleistet hat. Ehre seinem Andenken!

Bücher und Schriften.

Das Leben des Menschen. Unter dieser Ueberschrift gibt Dr. Fritz Kahn im Verlage der Franckhschen Verlagsbuchhandlung in Stuttgart (Kosmosverlag) eine volkstümliche Anatomie, Biologie, Physiologie und Entwicklungsgeschichte heraus, die das Werden und Vergehen alles Lebens vom Uratom an behandelt. Das Werk wird 4 Bände umfassen und durch 80 farbige und schwarze Bildtafeln sowie 650 textliche Abbildungen die Anschaulichkeit seiner Darstellung verstärken. Der erste Band ist erschienen und kostet 180 M. Er ist auch in 9 Lieferungen zum Preise von 12,50 M je Lieferung zu beziehen. Er handelt von der Physik und von der Chemie des Lebens, vom Plasma, von der Zelle, den Keimzellen und der Keimesgeschichte. Der zweite Band wird den Aufbau des Körpers behandeln, der dritte seine Selbsterhaltungstätigkeit, Atmung, Verdauung, Stoffwechsel, Blutdrüsen usw., und der vierte Band das Nervensystem, die Sinnesorgane, die Haut, Geschlechtsorgane, Fortpflanzung.

So erhalten die Leser in diesem Buche vom Menschen, wie man das Werk nennen kann, einen Einblick in die Triebkräfte, die das Leben entstehen und vergehen lassen. Wie das uns vorliegende erste Lieferungsheft zeigt, sind schriftliche und bildliche Darstellung klar und leicht verständlich, ohne die Wissenschaftlichkeit zu beeinträchtigen. Druck und Papier sind vortrefflich. Als Beispiel entnehmen wir dem Heft folgende, gleichsam den Grundgedanken der in dem Werke niedergelegten Forschungsergebnisse bildende Stelle: „Aber es gibt zwei Arten Weltgeschichte und weltgeschichtlicher Bewertung. Die eine beginnt mit dem Auftreten des Menschengeschlechts und behandelt lediglich die historischen Geschehnisse innerhalb der Menschheit. Ihre Epochen sind Altertum und Neuzeit, ihre Begebenheiten Kriege und Königsmorde, ihre Fortschritte Entdeckungen von Erdteilen und Erfindungen wie das Schießpulver und die Druckerpresse. Für sie sind die Schlacht am Teutoburger Wald der Beginn einer neuen Epoche, und das Auftreten Napoleons ein Wendepunkt der Zeiten. Anders die Weltgeschichte des Naturbetrachters. Sie beginnt ihre Chronik mit der Urzeugung des Lebens und erblickt in der Geschichte der Menschheit nur das Endkapitel eines vielbändigen Werkes. Sie veranschlagt die Gesamtzeit des irdischen Lebens auf 100 Millionen Jahre. Drängt man diese nach einem vielzitierten Beispiel auf einen Tag zusammen, so entfallen von diesem Erdentag 12½ Stunden auf die Urzeit der schädellosen Geschöpfe, 8½ Stunden auf die Primärzeit der Fische, 2½ auf die Sekundärzeit der Reptilien, 43 Minuten auf die Tertiärzeit der Säugetiere und 2½ Minuten auf die Quartärzeit seit dem Auftreten des Menschen. Auf die 6000 Jahre Kulturgeschichte entfallen nicht mehr als 5 Sekunden dieses vierundzwanzigstündigen Erdentages. Ein sehr empfehlenswertes Werk. Schade, daß nicht viele Arbeiter imstande sein werden, es sich anzuschaffen. In unsern Vereins- und Jugendbüchereien sollte es nicht fehlen!

„Natur und Liebe“, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock. Heft 10. Inhalt: „Religionserfahrung.“ Was heißt: deutsch sein? Mission der Kirche. Schulleistung und soziale Umwelt. Kapitalistische Sprache. 3 Hefte 6 M und 1,50 M Porto.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Vom 7. bis 13. Mai haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gesandt: **Aschersleben** 2744,40 M, Altötting 165 678,40, Aachen 17 000, Arnsberg 10 000, Aue i. Erzgeb. 15 000, Annaberg 10 000, Arendsee i. d. Altm. 3500, Amberg 5000, **Bürgel** 946,85, Bautzen 13 000, Bayreuth 11 000, Bunzlau 10 000, Beelitz 1200,20, Braunschweig 20 000, Boizenburg 2620, Barth 1500, Bartenstein 3000, Bernau 12 000, Brandenburg a. d. H. 6000, Bremen 75 000, Berlin 600 000, **Caputh** 4000, Cüstrin 4000, Köthen 10 000, Cammin 1000, Cottbus 26 000, Claußnitz 7000, Calbe a. d. S. 4000, **Dresden** 50 000, Dessau 35 000, Deutsch-Rasselwitz 13 000, Detmold 10 000, Düren 30 000, Döbeln 12 000, Ebingen 456,40, Eichwege 35 000, Erding 8000, Elsterberg 7000, **Frankfurt** a. d. O. 48 057,10, Finsterwalde 3100, Freiberg i. S. 8000, Frankenberg i. S. 10 085,95, Fallersleben 864,50, Frohburg 2000, Falkenburg i. Pommern 800, Fulda 3000, Frankfurt a. M. 50 000, Freising 14 000, Freiberg i. S. 8000, **Görlitz** 12 419,80, Gummersbach 16 465,10, Gleiwitz 49 515,20, Gartz a. d. O. 1197,10, Goslar 8000, Gotha 15 000, Glauchau 18 000, Güstrow 5000, Gronau 3000, Gadebusch 2000, Goldap 3000, Gera 50 000, Greifenberg i. Pom. 1200, Glogau 10 000, Gardelegen 3000, Glatz 12 900,30, **Hannover** 164 829,25, Herford 27 055,70, Hessen-Braunsch. 830,50, Hamburg 171, Hamm i. W. 8968,10, Helmstedt 7863, Halle 98 632,84, Hameln 38 548,50, Hohenstein-Ernstthal 25 000, Heidenheim 3000, Hildesheim 16 000, Hornberg a. d. E. 1500, Heiligenhafen 1500, Heinrichswalde 500, Hof 29 000, **Jüterbog** 2000, Ilmenau 7000, **Karlsruhe** 25 000, Kiel 24 000, Kulmbach 10 000, Königswusterhausen 12 000, Kahla 6000, Kreuznach 8500, Kolberg 1500, Klosterlausnitz 4000, Kellinghusen 2700, Klötze 300, Limburg 10 000, Lassan 1072,80, Löbau 18 000, Landsberg a. d. W. 5000, Lörrach 10 500, Lindau i. B. 6000, Lauenburg a. d. E. 4700, Letschin 4400, Labes 2000, Leisnig 6000, Landeshut i. Schl. 4000, Lübz 1500, Leipzig 200 000, Lindenberg i. Allgäu (März, 2. Qu.) 400, **Michendorf** 1150,10, München 17 000, Mannheim 87 000, Memmingen 4000, Mölln 4000, Munster-Lager 3500, Marienwalde 2000, Mainz 30 000, Meerane 5000, Naugard 2000, Neitze 2000, Neustrelitz 2000, Neudamm 2500, Neubukow 4000, Nienburg a. d. Weser 2000, Nowawes 8000, Nauen 5400, Nürnberg 37 393,85, Ohlau 1250, Oschersleben 2000, Ortrand 1000, **Pforzheim** 20 000 Plön 1600, Peine 10 000, Peitzerwitz 4000, Phritz 2000, Plathe 2000, Pirna 20 000, Quickborn 1200, **Riesa** 15 000, Reichenbach i. Schl. 7000, Reichenhall 5000, Rostock 13 200, Rügenwalde 1000, Rendsburg 8000, Roßla 723, Rheinsberg 500, Reichenbach i. V. 5500, Radolfzell 600, Schwerin i. Meckl. 31 337,10, Schneverdingen 900, Saarbrücken 30 000, Strehla 2000, Schönberg i. Meckl. 1000, Sonneberg i. Th. 17 086,40, Strehlen 15 799, Speyer 10 000, Segeberg 4000, Sangerhausen 1000, Senftenberg 10 000, Schmölln 3000, Schramberg 1500, Schwarzenbek 5000, Schwaan 2000, Seehausen i. d. Altm. 2000, Strausberg 2000, Salzhausen 1000, Solingen 15 000, Sebnitz 10 000, Staßfurt 8000, Swinemünde 5500, Saalfeld 5000, Schwiebus 3000, Sigmaringen 3000, Sternberg Ffo. 1000, Schenefeld 800, Sprottau 5000, Trebbin 4000, Tribsees 1600, Trebnitz 5224,80, Tessin 1000, Triebes 1200, **Ulm** 13 522,70, Ueterfen 2000, Uslar 500, Ueckermünde 3000, **Verden** a. d. Aller 12 000, **Wittenberg** b. Halle 36 350,35, Wasserburg 3400, Woigast 1500, Weimar 9000, Wildeshausen 1000, Westerland 1227, Wollin 1800, Werben a. d. E. 475,60, Wesenberg 1000, Würzburg 52 000, Winsen a. d. Aller 5000, Wismar 5000, Zittau 15 000, Zerbst 4200, Zeitz 10 000, Ziegenrück 8000, Zehdenick 3000, Ziesar 1000.

Am 27. Mai ist der 21. Beitrag fällig.

Kalender: Frankfurt a. d. O. 135 M, Sonneberg i. Th. 225, Würzburg 900. — **„Grundstein“-Einbände:** Aachen 60 M, Annaberg 60, Aue i. Erzgeb. 120, Gleiwitz 120, Gera 30, Glatz 60, Hof 30, Kreuznach 60, Löbau 60, Nürnberg 150, Reichenbach i. Schl. 30, Rostock 30, Saarbrücken 90, Strehlen 30, Verden a. d. Aller 30, Wittenberg b. Halle 90, Würzburg 30, Wiesbaden 60. — **Briefumschläge:** Gartz a. d. O. 28 M. — **Sonstige Schriften:** Gleiwitz 40 M, Strehlen 2,40, Würzburg 1,80.

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder:

Altötting. (Holzfeld.) **Karl Fischer,** H., 60 J. alt.
(Pürten.) **Franz Kölbl,** Hilfsarbeiter, 23 J. alt.
(Himmelreich.) **Rupert Unterhuber,** H., 19 J. alt.
Breslau. Ernst Schubert, Maurer, 35 Jahre alt.
Eschwege. Eduard Junghaus, Maurer, 34 Jahre alt.
Frankfurt a. M. (Altenheim.) **Georg Meyer,** M., 47 J.
(Walldorf.) **Wilhelm Wilker,** Maurer, 56 J. alt.
Hamburg. Ernst Dörnbrack, Maurer, 68 Jahre alt.
Wilhelm Jürgensen, Hilfsarbeiter, 70 Jahre alt.
Leopold Schirrmacher, Hilfsarb., 56 Jahre alt.
Kiel. Wilhelm Schmidtpott, 39 Jahre alt.
Hans Skovhede, 58 Jahre alt.
Köln. Johann Münchrath, Hilfsarb., 59 Jahre alt.
Königswusterhausen. Adolf Krüger, Hilfsarbeiter.
Landeshut. Georg Schöbel, Hilfsarb., 22 Jahre alt.
Mannheim. Karl Minnig, Stukkateur, 50 Jahre alt.
(Ludwigshafen.) **Lorenz Keller,** Hilfsarb., 63 J.
(Viernheim.) **Georg Renner 3,** Maurer, 31 J. alt.
München. (Kochel.) **Weinmüller Fritz,** H., 26 J. alt.
(Ost.) **Mathias Metz,** Putzer, 72 Jahre alt.
Neuruppin. August Schlägel.
Neustadt a. d. Haardt. Philipp Schleifer, M., 50 J.
Nürnberg. Joh. Friedr. Merz, Zementeur, 58 J. alt.
Riesa. (Seerhausen.) **Moritz Frenzel,** M., 57 J. alt.
Saalfeld. Karl Richter, Hilfsarbeiter, 65 Jahre alt.
Waldenburg i. S. Albin Weise, Maurer, 55 J. alt.

Ehre ihrem Andenken!

Gemeinnützige Bauarbeitergenossenschaft „Selbsthilfe“, Landau i. d. Pfalz.

Am **28. Mai,** vormittags 9½ Uhr, beim **„Alten Stöpel“,** Kirchstraße:

Erste ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates über die Revision der Genossenschaft. 3. Beschlußfassung: a) Genehmigung der Bilanz. b) Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates. c) Verwendung der Ueberschüsse. 4. Wahl eines nach Statut ausscheidenden Vorstandsmitgliedes. 5. Wahl eines lt. Statut ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedes. 6. Verschiedenes. — Die Bilanz liegt vom 19. Mai an auf dem Bureau, Teichstr. 16, zur Einsichtsnahme auf. Anträge zur Generalversammlung sind der Geschäftsleitung spätestens bis zum 19. Mai einzureichen.

Der Aufsichtsrat. J. A.: Fischer.

Gemeinnützige Bauarbeiter-Genossenschaft „Selbsthilfe“, Saarbrücken.

Bilanz am 31. Dezember 1921.

Aktiven.

1. Betriebswerte:		
a) Inventar	32 121,99 M.	
Abschreibung	16 121,99 „	16 000,— M.
b) Vorhandenes Material		33 000,— „
2. Flüssige Mittel:		
a) Kassenbestand	4 299,37 M.	
b) Bankbestand	4 960,— „	
c) Kautionskonto	61,80 „	9 321,17 „
d) Forderungen		390 000,— „
		448 321,17 M.

Passiven.

1. Eigene Mittel:		
a) Geschäftsanteile	12 270,— M.	
b) Reservefonds	1 130,— „	13 400,— M.
2. Aufgenommene Mittel		58 351,— „
3. Lieferantenschuld		359 193,33 „
4. Gewinn		17 376,84 „
		448 321,17 M.

Gewinn- und Verlustrechnung.

Debet.		Kredit.	
1. Abschreibung	16 121,99 M.	1. Saldo laut Baukonto	458 423,20 M.
2. Unkosten	54 166,61 „	2. Forderungen	390 000,— „
3. Lohn	632 222,16 „		
4. Fuhrlohn	126 050,— „		
5. Zinsen	2 485,60 „		
6. Gewinn	17 376,84 „		
	848 423,20 M.		848 423,20 M.

Mitgliederbestand bei der Gründung am 18. April 1921 35 Genossen, Zugang 72, Bestand am 31. Dezember 1921 107 Genossen. Die Haftsumme beträgt 21 400 M.

Saarbrücken, den 5. April 1922.

Der Vorstand:
Karl Schneider, Balthasar Jung, Fritz Hache.
Der Aufsichtsrat: Jakob Wilhelm.

Mühlhausen i. Th.

Unser Bureau befindet sich seit dem 8. Mai im **Volkshause,** Westmarkt 17, Zimmer Nr. 3. Nur dort werden von jetzt an sämtliche Verbandsangelegenheiten geregelt. Bureauzeit: Wochentags von 5 bis 6 Uhr abends, Sonnabends von 1½ bis 2½ Uhr nachmittags.

Der Vereinsvorstand.

Wilhelm Günther, Hilfsarbeiter, geboren am 3. April 1900, Buchn. 887 291, eingetreten am 26. März 1922, wird vom **Verein Itzehoe** gesucht. Vereine oder Mitglieder, die seine Adresse wissen, werden gebeten, diese schnellstens mitzuteilen an **Otto Schreck, Itzehoe,** Kaiserstr. 7.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Paeplow). Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Otto. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.